

Protokoll über die Sitzung des Gemeinderates

Im Jahre Zweitausendundzwanzig, am vierten des Monats August mit Beginn um 19:00 Uhr (04.08.2020) wurden nach Erfüllung der gesetzlichen Formvorschriften die Mitglieder dieses Gemeinderates zu einer Sitzung im Haus Voitsberg einberufen.

Anwesend: **SCHATZER Andreas**
TAUBER Josef
BRUGGER Heinrich
KAINZWALDNER ÖTTL Anna
KERER Walter
PATTIS Dietmar
BASSANELLO Luciana
BRUGGER Michael
KERER Hermann
KOFLER Walter
MAIR ENGL Margareth
PALFRADER Verena
PICHLER Peter
PLONER Alexander
SCHWEIGKOFLER Ernst
TAUBER Alexander
TAUBER Peter

Abwesend: **HUBER Paul (entschuldigt abwesend)**

und im Beisein des Gemeindesekretärs Dr. Alexander BRAUN.

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit übernimmt Andreas Schatzer in seiner Eigenschaft als Bürgermeister den Vorsitz, begrüßt die anwesenden Ratsmitglieder und eröffnet die Sitzung.

Der Vorsitzende Andreas Schatzer ernennt Margareth Mair Engl und Peter Tauber zu Stimmzählern der heutigen Sitzung, gemäß der Geschäftsordnung des Gemeinderates.

1) Genehmigung des Protokolles über die vorausgegangene Ratssitzung vom 30. Juni 2020 (Beschluss Nr. 44)

Der Gemeinderat beschließt mittels Handerheben mit 13 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung (Peter Pichler) bei 14 Anwesenden (Dietmar Pattis, Michael Brugger und Alexander Tauber abwesend), die Niederschrift über die vorausgegangene Sitzung des Gemeinderates vom 30. Juni 2020 zu genehmigen.

Dietmar Pattis betritt den Sitzungssaal.

2) Anfrage der Gemeinderäte Peter Tauber und Verena Palfrader der "Grünen Bürgerliste Vahrn" betreffend: Gefahrenzonenplan: Warum wurde dieser für die Gemeinde Vahrn noch nicht genehmigt?

Der Gemeindesekretär Dr. Alexander Braun verliest die Anfrage und das Antwortschreiben. Peter Tauber erklärt sich mit der Antwort nur teilweise zufrieden.

Alexander Tauber betritt den Sitzungssaal (19.20 Uhr).

Michael Brugger betritt den Sitzungssaal (19.30 Uhr).

3) Bilanzänderungen 2020 (Beschluss Nr. 45)

Der Gemeinderat beschließt mittels Handerheben mit 13 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen (Peter Pichler, Walter Kofler, Peter Tauber und Verena Palfrader) bei 13 Anwesenden,

- 1) die in den Anlagen angeführten Bilanzänderungen zu genehmigen;
- 2) festzuhalten, dass das Einheitliche Strategiedokument 2020 - 2022 durch gegenständliche Bilanzänderung als ergänzt gilt;
- 3) festzuhalten, dass dieser Beschluss dem Art. 193 Absatz 1 des Gesetzesvertretenden Dekrets vom 18-08-2000 Nr. 267 zur Sicherung des Haushaltsgleichgewichtes Rechnung trägt;

Der Gemeinderat beschließt mittels Handerheben mit 13 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen (Peter Pichler, Walter Kofler, Peter Tauber und Verena Palfrader) bei 13 Anwesenden,

- 4) den Beschluss für sofort vollziehbar zu erklären.

4) Sicherung der Haushaltsgleichgewichte gemäß Art. 193 des GvD vom 18.08.2000, Nr. 267 (Beschluss Nr. 46)

Der Gemeinderat beschließt einstimmig mittels Handerheben (17 Anwesende – 17 Ja-Stimmen),

- 1) das Weiterbestehen der generellen Haushaltsgleichgewichte gemäß Art. 193 des Gesetzesvertretenden Dekretes vom 18.08.2000, Nr. 267 zu bestätigen;
- 2) festzuhalten, dass keine Fakten und Ereignisse für eine eventuelle Reduzierung der Einnahmerückstände bestehen, welche im Haushalt 2020 eingefügt worden sind, und welche im Zuge der Genehmigung der Abschlussrechnung 2019 festgestellt worden sind; unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus der Neufeststellung der Rückstände und der Rückstellungen des Verwaltungsüberschusses 2019 für den Fond für zweifelhafte Forderungen;
- 3) festgehalten, dass es keine außeretatmäßigen Verbindlichkeiten aus dem Finanzjahr 2019 und vorherige, sowie aus der Kompetenzgebarung 2020 anzuerkennen und zu finanzieren gibt;
- 4) festgehalten, dass es keine Ungleichgewichte des Haushaltes, sei es im Gesamtfinanzgleichgewicht sowie im Wirtschaftsgleichgewicht, vorhanden sind, wie aus beiliegender Tabelle, die integrierender Bestandteil dieses Beschlusses bildet, aufscheint;
- 5) darauf hinzuweisen, dass gegenständliche Maßnahme keine Ausgabenverpflichtung bedingt.

**5) Beteiligung an der Gesellschaft "Übergemeindliches Seniorenzentrum Brixen-Vahrn-Lüsen Konsortial-GmbH"
Genehmigung der Satzung und des Gründungsakts (Beschluss Nr. 47)**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig mittels Handerheben (17 Anwesende – 17 Ja-Stimmen),

- 1) Einer Konsortialgesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Namen "Übergemeindliches Seniorenzentrum Brixen-Vahrn-Lüsen Konsortial-G.m.b.H." für die Planung, den Bau und die Bereitstellung der übergemeindlichen Einrichtung für ältere Menschen auf der Grundlage der Programmvereinbarung vom 27. Februar 2018 zwischen dem ÖBPB "Zum Heiligen Geist" in Brixen und den Gemeinden Brixen, Vahrn und Lüsen zu gründen.
- 2) Festzuhalten, dass die Gesellschaft mit der Beteiligung der Gemeinden Brixen (47% Beteiligungsquoten), Vahrn (45% Beteiligungsquoten) und Lüsen (8% Beteiligungsquoten) gegründet wird.
- 3) Festzuhalten, dass sich das anfängliche Gesellschaftskapital auf 500.000,00 Euro (Fünfhunderttausend/00) beläuft, wovon 25% bei der Gründung zu überweisen sind.
- 4) Den Entwurf des Gründungsaktes und der Satzung der Gesellschaft „Übergemeindliches Seniorenzentrum Brixen-Vahrn-Lüsen Konsortial-G.m.b.H.“ zu genehmigen, welche ergänzenden und wesentlichen Bestandteil des vorliegenden Beschlusses darstellen, wenn auch nicht materiell beigelegt.
- 5) Festzuhalten, dass, wie in der Präambel dieser Bestimmung näher ausgeführt, der Entwurf der Gründungsurkunde gemäß den Anforderungen von Artikel 7 Absatz 3 des G.v.D. 175/2016 die in Artikel 2463 des italienischen Zivilgesetzbuches für Gesellschaften mit beschränkter Haftung vorgeschriebenen wesentlichen Mindestelemente enthält.
- 6) Festzuhalten, dass, wie aus dem Entwurf der Gründungsurkunde und der Satzung hervorgeht, Ausgaben im Zusammenhang mit der Kapitalisierung der Gesellschaft von 225.000,00 Euro zu verpflichten sind, wovon 25%, was 56.250,00 Euro entspricht, bei Gründung zu einzuzahlen ist.
- 7) Festzuhalten, dass, wie in den Prämissen näher erläutert, der Entwurf der Satzung dem Gemeinschaftsrecht, den staatlichen und den örtlichen Bestimmungen in Bezug auf Lokale öffentliche Dienstleistungen und öffentliche Beteiligungen entspricht.
- 8) Als Alleinigen Verwalter für drei Jahre und zwar bis zum festgesetzten Termin für die Genehmigung des Jahresabschlusses 2022 durch die Gesellschafterversammlung Herr Plank Wolfgang, geboren in Brixen (BZ) am 23.08.1955, domiziliert in Brixen (BZ), Am Hohen Feld Nr. 14, Steuernummer PLNWFG55M23B160Y, italienischer Staatsbürger, namhaft zu machen.
- 9) Als Rechnungsprüfer gemäß Art. 21 der Satzung Herr Dalla Torre Luca, geboren in Salzburg (A) am 12.03.1960, domiziliert in Brixen, Osw. v. Wolkenstein Straße, Nr. 171, Steuernummer DLLLCU60C12Z102K, italienischer Staatsbürger, eingetragen bei der Kammer der Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Bozen unter Nr. A/0202, bis zur Genehmigung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022 namhaft zu machen.
- 10) Den Bürgermeister oder dessen Vertreter zu ermächtigen, die notarielle Urkunde zu unterzeichnen und/oder alle für die Durchführung des Beschlusses erforderlichen Maßnahmen zu setzen, und zu Verbesserung desselben, alle nicht wesentlichen Änderungen, die aus regulatorischen, administrativen oder steuerlichen Gründen auf Anweisung des Notars oder anderer öffentlicher Ämter an der Satzung vorgenommen werden müssen zu gestatten.
- 11) die Ausgabe von 225.000,00 Euro als Anteile an der neu zu gründenden Gesellschaft zu ermächtigen und folgendem Kapitel anzulasten, welches die entsprechende Verfügbarkeit aufweist:

Betrag importo	Kap. cap.	Art. art.	5. Ebene 5 livello	Bezeichnung Denominazione	Verpflichtung impegno	Jahr anno
225.000,00 €	12033.0110300		U.3.01.01.03.002	Akquisitionen von Beteiligungen und Kapital-einbringungen bei sonstigen Unternehmen	Acquisizioni di partecipazioni e conferimenti di capitale in altre imprese	1275/2020 2020

Michael Brugger verlässt den Sitzungssaal.

6) Abänderungen zum Bauleitplan und Landschaftsplan (grün-grün) (Beschluss Nr. 48)

Zu den genannten beantragten Änderungen zum Landschafts- und Bauleitplan stimmt der Gemeinderat wie folgt mittels Handerheben getrennt ab:

- a) Umwidmung von Wald in Landwirtschaftsgebiet (Gp. 248/1, K.G. Neustift I), ausgearbeitet von Dr. Arch. Gerhard Tauber vom November 2018:
mit 14 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt bei 16 Anwesenden, mit folgender Auflage bzw. mit der Auflage der Kommission:
 - die Umwidmung wird ausschließlich für den westlichen Teil genehmigt, da das zusammenhängende Waldgebiet im Osten der Bp. 143, K.G. Neustift I, bestehen bleiben soll;
 - Pflanzung einer Hecke entlang der Straße am Nordrand sowie von zwei Kastanienbäumen am Ostrand der Umwidmungsfläche.
- b) Umwidmung von Wald in Landwirtschaftsgebiet (Gp. 689/1, K.G. Vahrn I), ausgearbeitet von Dr. Johann Wild vom Juni 2019:
einstimmig mit 16 Ja-Stimmen genehmigt bei 16 Anwesenden, mit folgenden Auflagen der Kommission:
 - mit Ausnahme eines 10 m breiter Streifens entlang der Fahrspur des Autobahnanschlusses;
 - als Ausgleichsmaßnahme müssen auf einem Teil der Umwidmungsfläche verstreut hochstämmige Obstbäume angepflanzt werden.
- c) Umwidmung von Wald in Landwirtschaftsgebiet (Gp. 2690, 2693/1, 2693/2, 2694/1 und 2695/2, alle der K.G. Schalders I), ausgearbeitet von Dr. Stephan Pichler vom Mai 2019:
einstimmig mit 16 Ja-Stimmen genehmigt bei 16 Anwesenden, mit folgenden Auflagen bzw. mit den Auflagen der Kommission:
 - die südwestliche Teilfläche präsentiert sich bereits heute als eine locker bestockte Weide. Laubgehölze wechseln sich ab mit Wacholdergebüsch und Lesesteinhaufen. Es handelt sich um einen vielfältigen ökologisch wertvollen Lebensraum. Um diese Weide in ihrem derzeitigen Zustand bestmöglichst zu erhalten, spricht sich die Kommission zwar für deren Umwidmung in bestockte Wiese und Weide, aber nicht in Landwirtschaftsgebiet aus, bei weitgehender Beibehaltung der genannten Natur- und Landschaftselemente.
 - eine Stockrodung oder Erdbewegungsarbeiten dürfen nicht vorgenommen werden;
 - die Umwidmung von Wald in Landwirtschaftsgebiet der Fläche oberhalb des Zufahrtsweges zur Hofstelle bzw. oberhalb der Hofstelle selbst wird befürwortet. Es sollen in diesem Bereich eine neue Zufahrt und ein neuer Zugang zur Hofstelle errichtet werden.
- d) Umwidmung von Wald in Landwirtschaftsgebiet (Gp. 1130, 1132, 1133 und 1135, alle der K.G. Vahrn I), ausgearbeitet von Arch. Claudio Rappo vom Oktober 2019:
mit 15 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt bei 16 Anwesenden, mit folgenden Auflagen der Kommission:
 - an den zwei steilsten Stellen – im mittleren und nördlichen Bereich der Umwidmungsfläche – müssen einige Laubgehölze erhalten bzw. gepflanzt werden.
- e) Umwidmung von Wald in Landwirtschaftsgebiet und bestockte Wiese und Weide (Gp. 244, K.G. Vahrn I), ausgearbeitet von Dr. Ing. Wolfgang Dorfmann vom November 2019:
mit 14 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt bei 16 Anwesenden, mit folgenden Auflagen der Kommission:
 - die Fläche, die als bestockte Wiese und Weide vorgesehen ist, muss im Landschaftsplan als Kastanienhain gekennzeichnet werden;
 - einige Kastanienbäume sind bereits vorhanden, es müssen aber auch noch einige gepflanzt werden, damit ein richtiger Kastanienhain entstehen kann. In dieser Fläche dürfen keine Stockrodung und keine Erdbewegung durchgeführt werden. Wichtig ist auch, dass in der Fläche, für die die Umwidmung von Wald und Landwirtschaftsgebiet vorgesehen ist, der steile und mit Blocksteinen übersäte Streifen unterhalb der Salerner Straße von den Rodungsarbeiten ausgeklammert bleibt. Weiters sind in dieser Fläche entlang der Zufahrtsstraße zum Haslerhof die vorhandenen Kastanienbäume zu erhalten und einige Laubgehölze anzupflanzen. Auch ein Steinhügel bleibt erhalten.
 - als landschaftsökologische Ausgleichsmaßnahme ist die Errichtung eines Naturteiches mit einer Fläche von 8 x 3 m vorgesehen; er muss in der Mitte eine Mindesttiefe von 1,3 m aufweisen.

f) Umwidmung von Wald in bestockte Wiese und Weide (Gp. 574/1, 577/1, 579/1, 580/1, 583 und 3201, alle der K.G. Vahrn I), ausgearbeitet von Dr. Ing. Wolfgang Dorfmann vom November 2019: mit 14 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt bei 16 Anwesenden, mit folgender Auflage der Kommission:

- in der als bestockte Weide vorgesehenen Fläche dürfen keine Stockrodung und keine Erdbewegungsarbeiten durchgeführt werden.

Der Beschluss des Gemeinderates ist der Abteilung 28 der Autonomen Provinz Bozen für das weitere Genehmigungsverfahren gemäß L.G. Nr. 13 vom 11.08.1997 zu übermitteln.

Michael Brugger betritt den Sitzungssaal.

7) Endgültige Genehmigung des Durchführungsplanes für die Wohnbau-Auffüllzone B10 "Forst" (Beschluss Nr. 49)

Der Gemeinderat beschließt einstimmig mittels Handerheben (17 Anwesende – 17 Ja-Stimmen),

- 1) den Tagesordnungspunkt aus den in den Prämissen des Beschlusses genannten Gründen zu vertagen.

8) Genehmigung der Kooperationsvereinbarung zwischen der Autonomen Provinz Bozen, der Gemeinde Vahrn und der Euregio Plus SGR betreffend das Areal der Kaserne Verdone (Beschluss Nr. 50)

Der Gemeinderat beschließt mittels Handerheben mit 16 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme (Walter Kofler) bei 17 Anwesenden,

- die beiliegende Kooperationsvereinbarung zwischen der Autonomen Provinz Bozen, der Gemeinde Vahrn und der Euregio Plus SGR (Sparverwaltungsgesellschaft) für die Förderung und die Umsetzung eines Immobilienvorhabens mittels Finanzinstrumenten gemäß Art. 33, Absatz 2 des G.D. Nr. 98/2011, umgesetzt mit dem Gesetz Nr. 111/2011 für die urbanistische und soziale Aufwertung von im Eigentum der Autonomen Provinz Bozen stehenden Immobilien zu genehmigen.
- den Bürgermeister zur Unterzeichnung der Vereinbarung zu beauftragen und ihn zu ermächtigen, bei der Unterzeichnung die notwendigen Abänderungen, Ergänzungen und Änderungen formeller Art und unwesentlichen Inhaltes vorzunehmen.

9) Stellungnahme zur Machbarkeitsstudie betreffend die Neuordnung der Stromnetze im Eisacktal zur Versorgung des BBT (Beschluss Nr. 51)

Der Gemeinderat beschließt einstimmig mittels Handerheben (17 Anwesende – 17 Ja-Stimmen),

- 1) zur Machbarkeitsstudie betreffend die Neuordnung der Stromnetze im Eisacktal zur Versorgung des BBT eine positives Gutachten mit folgenden Bedingungen abzugeben:

- es müssen die Voraussetzungen für den Abbau bzw. die Verlegung des Umspannwerks der RFI in Vahrn geschaffen werden;
- die bestehenden Stromleitungen und Strommasten einschließlich der Betonfundamente müssen abgebaut und entfernt werden;
- die grundbücherlich angemerkten Dienstbarkeiten für die Stromleitungen entlang der nicht mehr verwendeten Trassen müssen gelöscht werden;
- mit den Eigentümern der Grundstücke, auf denen die neuen Stromleitungen errichtet werden, ist rechtzeitig Kontakt aufzunehmen, um eine möglichst einvernehmliche Lösung insbesondere auch in Bezug auf die Entschädigungen und Dienstbarkeiten zu finden.

10) Stellungnahme zum Gewässerschutzplan der Autonomen Provinz Bozen (Beschluss Nr. 52)

Der Gemeinderat beschließt einstimmig mittels Handerheben (17 Anwesende – 17 Ja-Stimmen),

- 1) zum Entwurf des Gewässerschutzplan eine positive Stellungnahme mit folgenden Bemerkungen abzugeben:

Prämisse

Laut der EU-Wasserrahmenrichtlinie 2000/60/EG ist auch die Autonome Provinz Bozen verpflichtet, Maßnahmen zur Erreichung des guten ökologischen Zustandes für die Gewässer (stehende und fließende) zu definieren, zu planen, umzusetzen und deren Erfolg zu kontrollieren.

Der als Entwurf vorliegende Gewässerschutzplan (nachfolgend Entwurf) enthält die Maßnahmen zur Erreichung oder Aufrechterhaltung der Umweltziele zum Schutz der Gewässer. Er bildet dabei einen Teilplan des mit Dekret des Präsidenten der Republik vom 22.06.2017 genehmigten Gesamtplans für die Nutzung der öffentlichen Gewässer (Wassernutzungsplan).

Der Entwurf wurde bereits durch die Landesregierung genehmigt. Laut Landesgesetz (LG) 13/1997 und 17/2017 können Bürger, Gemeinden und Interessensvertreter Stellungnahmen abgeben. Daraufhin erfolgt die endgültige Genehmigung durch die Landesregierung.

Vorliegende Stellungnahme dient zur Darlegung der Sichtweise dieser Gemeindeverwaltung. Diese Sichtweise muss sich nicht notwendigerweise mit der Meinung einzelner Bürger oder Interessensvertretungen decken, stellt jedoch aus Sicht der Gemeindeverwaltung einen gemeinsamen Nenner der politischen und gesellschaftlichen in der Gemeindegliederung und in entsprechenden Leitbildern festgehaltenen Ziele dar.

Einführung

Jede Gesellschaft, welche sich in ihren gesellschaftspolitischen Zielen der Nachhaltigkeit und Resilienz verschreibt, hat die Pflicht, die ökologische Funktionsfähigkeit der Fließgewässer bei gleichzeitiger Möglichkeit, sie für öffentliche und private Interessen auch entsprechend nutzen zu können, zu erhalten und wenn möglich zu verbessern. Fließgewässer stellen eine äußerst wichtige ökologische Komponente dar. Fließgewässer erfüllen aber auch wichtige soziale (z.B. Naherholung) und wirtschaftliche (z.B. Fischerei) Funktionen.

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie stellt aus regulatorischer Sicht einen richtungsweisenden Meilenstein für den Erhalt und die Verbesserung der ökologischen Funktionsfähigkeit der Fließgewässer dar. Alle darauf aufbauenden gesetzlichen und normativen Bestimmungen haben die Aufgabe, den Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie Genüge zu tun. Dies trifft auch für den GSP der Autonomen Provinz Bozen zu.

Andererseits ist anzumerken, dass es neben dem Schutz der Gewässer andere öffentliche Interessen zu bewahren gilt. Der Gewässerschutz darf sich nicht über andere öffentliche Interessen stellen, welche wichtigen gesellschaftspolitischen Zielen im Sinne der Nachhaltigkeit, Klimaneutralität und Resilienz dienen. Als Beispiele seien genannt:

- die über Jahrhunderte durch die landwirtschaftliche Tätigkeit gewachsene Natur- und Kulturlandschaft unseres Landes,
- die Erzeugung erneuerbarer Energie aus Wasserkraft, welche einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leistet und häufig eine sehr wichtige direkte oder indirekte Einnahmequelle für die Gemeinden darstellt,
- die Kompetenz und Innovationskraft vieler klein- und mittelständischer Unternehmen, welche häufig im peripheren Raum angesiedelt sind und dort hochwertige Arbeitsplätze bieten.

Zu restriktive und über das Ziel hinausschießende Regelungen im Gewässerschutz dürfen nicht dazu führen, dass eine nachhaltige Entwicklung in den Bereichen Landwirtschaft, Energieerzeugung, Tourismus, die Reduzierung des CO₂ – Ausstoßes sowie der Erhalt von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum beschränkt bzw. behindert wird. Eine solche Entwicklung wäre kontraproduktiv und schlussendlich könnte aufgrund fehlender Finanzmittel seitens der öffentlichen und privaten Hand auch ein den Zielen der WRRL entsprechender Gewässerschutz nur mehr eingeschränkt betrieben werden.

Eine Abwägung der Interessen muss deshalb bereits bei der endgültigen Verabschiedung des Gewässerschutzplanes erfolgen. Auch sind in den Genehmigungsprozeduren für neue bzw. zu erneuernde Wasserableitungen entsprechende Instrumente der Interessensabwägung vorzusehen. Die Prozedur des Sammelgenehmigungsverfahrens für den Umweltbereich nimmt diese Interessensabwägung nicht wahr, deshalb bedarf es zusätzlicher Instrumente, welche dem Ziel eines Ausgleichs der öffentlichen Interessen dienen.

Weiters ist anzumerken, dass mit der Ausarbeitung des Entwurfs ausschließlich Vertreter der zuständigen Behörden betraut worden sind. Es wäre bereits in dieser Phase angebracht gewesen, verschiedene Sozialpartner und externe Experten mit einzubeziehen. Teilweise werden politische Statements als technische Fakten dargestellt. Vor Verabschiedung des Entwurfs wird ein unabhängiger Review-Prozess angeregt. Damit kann gewährleistet werden, dass der GSP ein fachlich korrektes und von persönlichen Meinungen bereinigt

tes Dokument und dadurch weniger angreifbar wird.

Aufbau des Entwurfs Gewässerschutzplans

Der Gewässerschutzplan gliedert sich in sieben Bände und drei Anlagen:

Band A – Typisierung und Identifizierung der Wasserkörper

Band B – Abwasserbewirtschaftung

Band C – Belastungsanalyse der typisierten Wasserkörper

Band D – Qualität der Wasserkörper

Band E – Wasserkörper in Schutzgebieten

Band F – Maßnahmen zum Schutz der Gewässer

Band G – Normativer Teil

Anlage 1 – Eckdaten der Oberflächenwasserkörper

Anlage 2 – Gewässerformulare

Anlage 3 – Formblätter der kommunalen Kläranlagen

In der gegenständlichen Stellungnahme erfolgt eine Abhandlung der Punkte, welche aus Sicht der Gemeinden relevant sind.

Band B – Abwasserbewirtschaftung

Die Festlegungen im Band B sind wenig konkret, es fehlt die Verbindlichkeit. Zur Entsorgung der Klärschlämme soll nicht nur auf den Bewirtschaftungsplan „Sonderabfälle der Provinz Bozen (Beschluss der Landesregierung Nr. 1028/2017)“ verwiesen werden. Im GSP sollten konkretere Aussagen getroffen werden, da:

- die aktuelle Situation im Bereich der Klärschlammverwertung und –entsorgung auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene äußerst angespannt ist und man von einem Klärschlammentsorgungsnotstand sprechen kann;
- Klärschlamm nur sehr schwer und, wenn überhaupt, nur mit hohen Kosten außerhalb der Provinz entsorgt werden kann.

Es ist selbstredend, dass die Finanzierung von Maßnahmen im Bereich der Abwasserbewirtschaftung (z.B. Errichtung einer thermischen Verwertungsanlage für Klärschlämme) von der Autonomen Provinz Bozen bereitgestellt werden soll.

2.8 Niederschlags- und Waschwasser von Außenflächen

Während die Überschrift dieses Kapitels von Niederschlags- und Waschwasser spricht, behandelt der Textteil des Kapitels lediglich das Niederschlagswasser.

Es erschließt sich weiters nicht, was unter „Wiederverwertung des nicht verunreinigten Niederschlagswassers“ zu verstehen ist. Auch muss die Einleitung in Oberflächengewässer erfolgen können, wenn eine anderweitige Verwertung nur unter großem Aufwand erfolgen kann oder wirtschaftlich nicht vertretbar ist.

3 Anpassungsmaßnahmen und Kosten

3.1 Sammlung und Reinigung der Abwässer

Es wird nicht klar, ob die in den nächsten 6 Jahren vorgesehenen Maßnahmen mit einer Gesamtausgabe von 114 Mio. € bestritten werden können, wie diese Maßnahmen finanziert werden sollen, wer für die Planung und Umsetzung der Maßnahmen zuständig ist und wer einen eventuellen zusätzlichen Finanzbedarf abdecken wird. Der GSP soll ein für die nächsten Jahre gültiges Instrument sein, deshalb würden Textpassagen, die sich auf die nächsten 6 Jahre beziehen, in Kürze obsolet.

3.2 Wärmetauschanlagen

Der Klimawandel führt in den letzten Jahren auch zu einer Erwärmung der Gewässer (sowohl Fließgewässer als auch stehende Gewässer). Dies stellt eine Gefahr für den Erhalt der Biodiversität unserer Gewässer dar. Aus diesem Grund ist die Nutzung von Gewässern für Kühl- oder Heizzwecke einer profunden Untersuchung hinsichtlich der Umweltauswirkungen zu unterziehen. Diese Untersuchungen sind nicht nur auf einen momentanen Zustand zu beziehen, sondern müssen auch die Folgen des Klimawandels mit der damit einhergehenden Erhöhung der Temperaturen der Gewässer mit berücksichtigen.

3.3 Schneeräumung

Die Schneeräumung fällt in die Zuständigkeit der Gemeinden. Deshalb ist es notwendig, die Gemeinden bei der Ausarbeitung des jeweiligen Schneeräumkonzeptes mit einzubinden. Weiters ist zu klären, wer die vom Entwurf vorgesehenen Ausnahmefälle definiert und als zulässig beurteilt. Weiters sind in den jeweiligen Gemeindegebieten die im Sinne dieses Artikels als Restwasser- oder als revitalisiert zu definierende Strecken

gemeinsam mit der zuständigen Gemeinde abzustimmen.

Band E – Wasserkörper in Schutzgebieten

1.2 Oberflächenwasserkörper mit Zweckbestimmung zur Entnahme von „Wasser für den menschlichen Gebrauch“

Es erscheint zu einschränkend, im Gewässerschutzplan nur jene Oberflächenwasserkörper zu benennen, welche bereits jetzt Trinkwasserzwecken zugeführt werden. Das Kapitel soll auch auf eine mögliche zukünftige Nutzung von Oberflächenwasser für den menschlichen Gebrauch eingehen und die Bedingungen darlegen, welche einer solchen Nutzung zugrunde liegen.

Weiters geht das Kapitel nicht auf die notwendigen Maßnahmen ein, um das Wasser aus Oberflächengewässern langfristig für den menschlichen Gebrauch sichern zu können.

1.4 Trinkwasserschutzgebiete

Die Abgrenzung der Schutzgebiete durch die zuständigen Fachleute soll in enger Abstimmung mit der jeweiligen Gemeinde erfolgen, da innerhalb der Gemeindeverwaltung häufig historisches Fachwissen hinsichtlich der Grundwasser- und Quellströme vorhanden ist.

1.5 Spezifische Ziele für Wasserkörper die zur Trinkwasserentnahme bestimmt sind

Den Gemeinden bzw. Trinkwasserversorgungskörperschaften ist eine kontinuierliche Möglichkeit der Fort- und Ausbildung zu gewährleisten. Der Wissenstransfer von Universitäten, Kompetenzzentren, Industrie an die einzelnen Gemeinden ist durch das Land zu koordinieren und entsprechende beste Praktiken sind zu entwickeln.

1.6 Oberflächengewässer mit der Funktion der Einspeisung in Grundwasserkörper, die quantitativ und qualitativ zur Trinkwasserversorgung geeignet sind

Hinsichtlich der Speisung der Grundwasserleiter durch die Oberflächengewässer sollten entsprechende Modelle entwickelt werden, um die Auswirkungen von Klimawandel, zusätzlichen Nutzungen, Verunreinigungen modellieren zu können. Dadurch können eventuell notwendige Maßnahmen antizipiert und Engpässe in der Trinkwasserversorgung vermieden werden.

Band F - Maßnahmen zum Schutz der Gewässer: Reduzierung von Schadstoffeinträgen, Maßnahmen in Bezug auf die diversen Nutzungen und zur Aufwertung der Gewässerlebensräume

6. Nutzung der Oberflächengewässer

6.1 Maßnahmen für bestehende Ableitungen

Die Investitionen für die entsprechenden Baulichkeiten werden oft unter Zugrundelegung einer mindestens 30-jährigen Laufzeit getätigt. Deshalb muss eine Änderung an einer bestehenden Wasserableitungskonzession unter Abwägung der Interessen erfolgen. Nur wenn die wirtschaftlichen Folgen für den Konzessionär tragbar sind und die erwartete Verbesserung für das betroffene Fließgewässer relevant ist, soll es möglich sein, in bestehende Rechte einzugreifen.

Die Abwägung der Interessen soll durch eine neutrale Stelle (z.B. durch einen unabhängigen Fachmann) und nicht durch die Umweltagentur selbst durchgeführt werden.

6.3 Maßnahmen bei neuen Ableitungen

Mit Beschluss Nr. 834 vom 14.07.2015 wurde auf Grundlage des Landesgesetzes Nr. 2/2015, welche die kleinen und mittleren Wasserableitungen zur Erzeugung elektrischer Energie regelt, die sensiblen Gewässerabschnitte mit Bezug auf die hydroelektrische Nutzung definiert. Aus Sicht einer administrativen Logik scheint es fragwürdig, die im Rahmen des Beschlusses Nr. 834/2015 definierten sensiblen Gewässer ohne weitere fachliche Ausführungen direkt in den Gewässerschutzplan zu übertragen und damit auch für alle anderen Nutzungen zu verallgemeinern, dies umso mehr, als die Vorgehensweise bei der Definition der sensiblen Gewässer wiederum in Kapitel 6.4, welches sich auf die Wasserableitungen zur Erzeugung elektrischer Energie bis 3.000 kW Nennleistungen bezieht, erläutert wird. Aus fachlicher und administrativer Sicht erschließt es sich nicht, dass bereits in Kapitel 6.2 und in Kapitel 6.3 auf die im Beschluss Nr. 834/2015 definierten Kriterien Bezug genommen wird.

Eine fachliche Herleitung und plausible Begründung, warum die im Beschluss Nr. 834/2015 entwickelten Sensibilitätskriterien auch auf andere Nutzungen als die hydroelektrische Nutzung anzuwenden sind, ist notwendig, um zukünftige Unstimmigkeiten oder – im schlechtesten Fall – aufwändige Gerichtsverfahren bei den Wasserrechtsverfahren für neue und zu erneuernde Wasserableitungen vermeiden zu können.

Bei der Erneuerung von Wasserableitungen führt Kapitel 6.2 zum Teil sehr restriktive Bestimmungen ein. In der Provinz Bozen, vor allem in jenen Landesteilen mit geringem Niederschlag, hat erst die Nutzung der Fließgewässer die Entwicklung der Landwirtschaft und damit einhergehend die Schaffung der wertvollen Na-

tur- und Kulturlandschaft ermöglicht. Viele Wassernutzungen bestehen seit Jahrhunderten, deren Stilllegung ist nicht wegzudenken. In Kapitel 6.2, Absatz d, ist vorgesehen, bei Wasserkörpern mit potenziell signifikanter Belastung (wobei bereits bei einer Nutzung der Jahreswasserfracht von 20 % eine potenziell signifikante Belastung zugewiesen wird – diese Definition scheint sehr willkürlich und über das Ziel hinausschießend) nur eine provisorische Erneuerung für 5 Jahre zu gewähren mit der Möglichkeit, die Konzession bei Nichtumsetzen gewisser Maßnahmen nicht mehr zu verlängern. Dabei werden die Begriffe „Einsparung“ und „Rationalisierung“ verwendet, wobei beispielsweise die Südtiroler Landwirtschaft durch die Umstellung von der Bewässerung mit Waalen auf Oberkronenbewässerung und dann wiederum auf Tröpfchenbewässerung (im Obstbau) die wichtigsten Schritte bei der Wassereinsparung zum Großteil bereits umgesetzt hat und als weltweit führend in der Bewässerungstechnik gesehen werden kann. In verschiedenen Fällen sind Rationalisierungs- und Einsparungsmaßnahmen nur mehr eingeschränkt möglich. In diesem Zusammenhang ist auch das Schlagwort „Rationalisierung“ nicht klar und es sollte dessen konkreter Hintergrund aufgezeigt werden.

Eine Nicht-Erneuerung einer Konzession kann dazu führen, dass seit Jahrhunderten stattfindende Bewässerungstechniken nicht mehr weitergeführt werden mit einem unwiederbringlichen Verlust eines wertvollen Kulturgutes. Auch kann dies zur Aufgabe von landwirtschaftlich genutzten Flächen mit einer damit einhergehenden Verwilderung der Landschaft und Verarmung der Biodiversität führen.

Der Gewässerschutz darf sich nicht über andere wichtige gesellschaftliche Anliegen und Errungenschaften stellen. Jede Wasserkonzession ist in einen weiteren Kontext zu stellen, es bedarf einer ausgewogenen Beurteilung und einer Abwägung der Interessen. Letztere soll dabei nicht durch die Umweltagentur, sondern durch eine unabhängige Stelle erfolgen.

Aus Sicht der Gemeinden ist es unabdingbar, diese beiden Artikel zu überarbeiten (insbesondere jeweils die Absätze b, c und d), um eine Entwicklung zu verhindern, welche das in der Provinz Bozen geschaffene Gleichgewicht zwischen Kultur- und Naturlandschaft und der breit aufgestellten Wirtschaftsleistung empfindlich stören könnte.

6.4 Bestimmungen für neue Wasserableitungen zur Erzeugung elektrischer Energie (bis 3.000 kW Nennleistung)

Das Kapitel 6.4. betrifft neue Wasserableitungen zur Erzeugung elektrischer Energie bis 3.000 kW Nennleistung. Dies wirft die Frage auf, wie Wasserableitungen mit >3.000 kW aus Sicht des Gewässerschutzes behandelt werden. Der GSP ist dringend mit diesem Thema zu ergänzen, denn es ist tunlichst zu vermeiden, für Wasserableitungen zur Erzeugung elektrischer Energie mit > 3.000 kW eigene Regelungen entwickeln zu müssen. Aus Sicht der Gemeinden reicht es nicht aus, lediglich auf die Umweltprüfung zu verweisen (wobei zu präzisieren ist, ob es sich um die strategische Umweltprüfung oder die Umweltverträglichkeitsprüfung handelt oder ob ein anderer prozedureller Ablauf gemeint ist). Dies leistet einer Willkürlichkeit bei der Durchführung von Wasserrechtsverfahren für hydroelektrische Ableitungen >3.000 kW Vorschub.

Seit Genehmigung des Beschlusses Nr. 834 vom 14.07.2015 zur Festlegung der sensiblen Gewässer ist der Erhalt von neuen Konzessionen für Wasserableitungen neu geregelt und definitiv auch erschwert worden, dies belegen zahlreiche Beispiele von negativ begutachteten Projekten zur Wasserableitung für Stromerzeugung der Jahre 2016 – 2019.

Die Ursachen dafür sind vor allem aufgrund nachfolgender Umstände begründet:

- Fehlende Abwägung des öffentlichen Interesses: wie bereits oben erwähnt, sind Projekte unter Abwägung des öffentlichen Interesses zu beurteilen.
- Interpretationsspielraum. Gewisse Formulierungen im Beschluss Nr. 834 vom 14.07.2015 waren unvollständig bzw. mangelhaft. Zuständige Behörden haben Elemente in ihrer Bewertung der Projekte einfließen lassen, welche aufgrund des vorliegenden Textes nicht erkennbar gewesen wären.
- Negative Beurteilung an gering sensiblen Wasserkörpern. Der Beschluss Nr. 834 hat gering sensible Wasserkörper ausgewiesen, wobei diese Ausweisung zum Großteil mittels GIS-gestützten Analysen und am Schreibtisch festgelegter Kriterien erfolgt ist. Für die aus dieser Analyse als gering sensibel eingestufte Wasserkörper (Anzahl: <30) hätte es eine weiterführende Beurteilung hinsichtlich der Genehmigungsfähigkeit von Projekten aus gewässerökologischer Sicht benötigt. Damit hätte vermieden werden können, dass Projekte an gering sensiblen Gewässern unter Einhaltung aller gewässerökologischen Vorgaben inklusive Nachweis des Erhalts des ökologischen Zustands aufgrund einer ad-hoc Bewertung durch ein Landesamt negativ beurteilt werden.

Die Umsetzung des Beschlusses Nr. 834 hat bereits größere ökonomische Schäden verursacht.

Durch die Übernahme des Beschlusses Nr. 834 werden Unzulänglichkeiten in der Möglichkeit, Projekte einzureichen, und in der Art der Beurteilung von eingereichten Projekten weitergeführt. Verschiedene Festlegungen sind nicht gewässerökologisch, sondern mathematisch begründet. Sie berücksichtigen die gewässerspezifischen Eigenschaften (Morphologische Ausprägung, geographische Region, chemischer Zustand, Geschiebehauhalt, usw.) häufig nicht und tragen dadurch auf diese Weise nur vermeintlich zum Gewässerschutz bei. Ob ein Projekt für die Realisierung eines Wasserkraftwerkes ökologisch verträglich ist, ist fallspezifisch zu beurteilen. Dabei ist auch die vom Antragsteller eingebrachte limnologische Studie bei der Bewer-

tung eines Projekts zu berücksichtigen. Bei einer gegensätzlichen Meinung zwischen Projektwerber und zuständiger Behörde zum Erhalt der Qualitätsziele soll eine dritte, unabhängige Meinung zur Thematik eingeholt werden.

Mathematische Kriterien (z.B. maximal 50 % oder 70 % Ausleitung möglich, MJNQ < 50 l/s oder Erweiterung einer Ausleitungsstrecke um maximal 15 %) stehen in Bezug auf die ökologische Funktionsfähigkeit von Fließgewässern (welcher der Gewässerschutz schlussendlich dienen muss) in keinem ursächlichen Zusammenhang. Deshalb ist deren Anwendung bei der Beurteilung von Projekten aus wissenschaftlicher Sicht höchst zweifelhaft.

Wenn diese Kriterien beibehalten werden müssen, um Vorgaben von übergeordneten Institutionen (wie z.B. hydrographisches Distrikt der Ostalpen) einhalten zu können, ist in den Ausnahmen (Band F, Kapitel 6.4.5) die Möglichkeit vorzusehen, Projekte zu genehmigen, die in Abweichung der Kriterien nachweislich eine Beibehaltung oder Verbesserung des ökologischen Zustandes herbeiführen oder bei denen das öffentliche Interesse eine Genehmigung des Projektes nahelegt.

Im Sinne der Abwägung des öffentlichen Interesses wird angeregt, das Prozedere bei der Genehmigung von Ableitungen einer Neugestaltung zu unterziehen.

Derzeit ist die Dienststellenkonferenz von Ämtern aus dem Umweltbereich besetzt. Bei Vorliegen eines negativen Gutachtens von einem der involvierten Ämter wird ein Projekt abgelehnt. Im Sinne des Ausgleichs des öffentlichen Interesses ist Folgendes notwendig:

- Aufstockung der Dienststellenkonferenz um eine Fachperson für erneuerbare Energien, welches das öffentliche Interesse eines zu beurteilenden Projekts (Generierung von Abgaben zu Gunsten der öffentlichen Hand, Stärkung der Peripherie, Bewahrung der Natur- und Kulturlandschaft, Ermöglichung einer sinnvollen wirtschaftlichen Entwicklung, Wahrung der Klimaschutzziele, usw.) beurteilt und vertritt
- Genehmigung von Projekten durch Mehrheitsentscheid bzw. durch den Amtsdirektor des Amtes für UVP nach Abwägung der Interessen

Kapitel 6.4.1, Absatz i, ist irreführend. Man könnte aus der Aussage, dass bei Wasserkörpern unter 6 km² dieselben Bestimmungen angewandt werden wie bei Wasserkörpern > 6 km² schließen, dass bei diesen Wasserkörpern, sofern die Sensibilitätskriterien eingehalten werden, Wasserableitungen für Stromerzeugung möglich sind. Dem gegenüber steht die Ausnahmeregelung gemäß Kapitel 6.4.5, Punkt 2.

In Bezug auf die Kriterien (6.4.3) zur Bestimmung einer etwaigen Sensibilität von Wasserkörpern werden folgende Punkte aufgeworfen:

- Kriterium a. Das Kriterium, eine Ableitung an Fließgewässern mit einem MJNQ < 50 l/s nicht zuzulassen, ist ökologisch nicht stichhaltig. Es ist durchaus richtig, dass ein Fließgewässer wenigstens 50 l/s an Abfluss aufweisen soll, um die ökologische Mindestfunktion erhalten zu können. Andererseits können Fließgewässer – je nach spezifischer Gewässercharakteristik (Einzugsgebiet, Verhältnis minimale und zu maximaler Wasserführung, mittlere Wasserführung, Morphologie des Fließgewässers) – mit einer Größe von 6 – 10 km² und einem MJNQ < 50 l/s durchaus ohne Verschlechterung der Fließgewässerqualität genutzt werden. In solchen Fällen ist eine Einzelfallprüfung notwendig, und es kann eine Lösung, bei der im Fließgewässer immer mindestens 50 l/s an Restwasser vorhanden sein muss, ins Auge gefasst werden. Es sind auch in anderen Fällen Ableitungen mit einer Stilllegung der Anlage in den Wintermonaten und einer Stilllegung bei Unterschreitung einer bestimmten Wassermenge ohne nachweisliche Verschlechterung der Gewässergüte realisiert worden.
- Kriterium b (Wasserkörper mit geringem Gefälle in den großen Talböden). Hier findet viel Innovation statt, weshalb dieser Aspekt im Rahmen einer Projektprüfung bewertet werden soll. Gerade bei der Nutzung von kleinen Höhenunterschieden werden in der Forschung & Entwicklung derzeit große Anstrengungen unternommen, um Technologien zu entwickeln, die es ermöglichen, auch kleine Fallhöhen technisch und wirtschaftlich sinnvoll zu nutzen (z.B. Wasserkraftschnecken, VLH-Turbine, Steff-Turbine, Lamellenturbine, Wiederaktivierung von Wasserrädern). In den letzten Jahren macht auch die Entwicklung der kinetischen Turbinen große Fortschritte. Diese haben normalerweise auf die Qualität des Fließgewässers keine Auswirkung, da sie die Strömungsgeschwindigkeit des Wassers nutzen und deshalb keinen Aufstau, keine Ausleitung, usw. benötigen. Deshalb soll bei Fließgewässern mit sehr geringem Gefälle eine Einzelfallprüfung für die Projekte stattfinden und eine Nutzung nicht von vorneherein ausgeschlossen werden.
- Kriterium d (Wasserkörper, die zur Neubildung von Grundwasser beitragen, welches aufgrund seiner Qualität für die Trinkwasserversorgung geeignet ist). Kraftwerke a priori an Gewässerabschnitten, die zur Grundwasserneubildung beitragen, nicht zuzulassen, könnte durch eine fallspezifische Prüfung mit Untersuchung der Auswirkung auf den Grundwasserhaushalt ersetzt werden. Nach heutigem Stand der Technik ist man imstande, mittels numerischer Grundwassermodelle, welche aufgrund bestehender oder durchzuführender Grundwasserpegelaufzeichnungen geeicht werden können, die Auswirkungen auf den Grundwasserkörper aufgrund der Änderung äußerer Randbedingungen (z.B. Ableiten von Wasser aus einem das Grundwasser speisenden oberirdischen Wasserkörper) sehr zuverlässig vorherzusehen und verschiedene Managementszenarien zu simulieren.

- Kriterium f (Wasserkörper, die das Umweltziel nicht erreicht haben, schlechter als guter Zustand). Bei diesen Fließgewässern könnte bei der Realisierung von neuen Ableitungen durch die Umsetzung von Umweltausgleichsmaßnahmen möglicherweise eine Verbesserung des ökologischen Zustandes erreicht werden. A priori sollten diese Fließgewässer nicht von der Nutzung ausgeschlossen werden.
- Kriterium k (Wasserkörper, welche durch nicht dissipative Nutzungen als potentiell gefährdet eingestuft worden sind). Dieses Kriterium ist rein mathematischer Natur und deshalb wissenschaftlich nicht haltbar. Die Länge der Ausleitungsstrecke steht nicht in direktem Zusammenhang mit der ökologischen Funktionsfähigkeit eines Fließgewässers. Sie ist immer in Zusammenschau mit anderen Größen wie z.B. Verhältnis der abgeleiteten Wasserfracht zur Gesamtwasserfracht, Zuflüsse im Zwischeneinzugsgebiet, hydromorphologische Verhältnisse in der Ausleitungsstrecke sowie ober- und unterstrom der Ausleitung, chemisch-biologische Belastung, usw. Deshalb ist die Definition dieses Kriterium grundsätzlich in Frage zu stellen.

Auch ist die generelle Abweisung von Gesuchen auf Ausleitungsstrecken zu hinterfragen. Eine Nutzung eines Querbauwerks kann auch in Ausleitungsstrecken aus gewässerökologischer Sicht sinnvoll sein. Auch kann eine Nutzung am unteren Ende der Ausleitungsstrecke, wo die Wasserführung aufgrund eines bedeutenden Zwischeneinzugsgebietes wiederum entsprechend vorhanden ist, dem öffentlichen Interesse dienen.

In Bezug auf die Ausnahmen (6.4.5) wird Folgendes angeregt:

- Punkt 1: In Bezug auf die hydroelektrische Versorgung von Bergbauernhöfen (vorausgesetzt diese weisen mindestens 30 Erschwernispunkte auf) ist zu spezifizieren, dass im Sinne des Art. 23/bis des LG 2/2015 eine Wasserableitung für Stromerzeugung auch an Fließgewässern möglich ist, welche für andere Ableitungen nicht genutzt werden können (z.B. bei Einzugsgebieten < 6 km²).
- Punkt 6: Wie bereits bei den Kriterien zur Definition der sensiblen Gewässer erwähnt, ist eine prozentuelle Festlegung aus wissenschaftlicher Sicht nicht haltbar. Es geht vielmehr darum, bei Projekten, welche sich aus technischer und wasserwirtschaftlicher Sicht anbieten, die ökologische Kompatibilität zu beurteilen und diese Projekte nicht abzuweisen, weil sie ein Prozentkriterium nicht einhalten können. Es kann durchaus der Fall vorkommen, dass durch eine Zusammenlegung von Ableitungen, welche sehr oft historisch entstanden sind, eine ökologische Verbesserung bewirkt werden kann, auch wenn die Ausleitungsstrecke um mehr als 25 % erweitert wird. Deshalb sollte diese Ausnahmeregelung nicht eine prozentuelle Festlegung beinhalten, sondern vielmehr auf die Verbesserung der ökologischen Qualität des Fließgewässers abzielen. Eine prozentuelle Festlegung birgt in diesem Fall auch den Umstand, dass bei einer bereits langen Ausleitungsstrecke die Erweiterung größer sein kann als bei einer kurzen Ausleitungsstrecke.
- Punkt 7: Bei Beregnungsleitungen soll es im Rahmen von bestehenden Konzessionen (d.h. wenn das abgeleitete Wasser zuerst auf die Turbine und dann in die Beregnungsanlage gelangt, also eine Serienschaltung der Nutzungen) immer möglich sein, eine Konzession zu erhalten. Durch die Mehrfachnutzung erfährt das Gewässer keine Änderung, deshalb gibt es im Sinne des Gewässerschutzes keinen Grund, eine solche Nutzung an einem besonders sensiblen Gewässer nicht zu gestatten. Deshalb soll der Passus „wenn es sich nicht um besonders sensible Wasserkörper handelt“ gestrichen werden.
- Punkt 9: Es sollte ausreichend sein, wenn durch den Einsatz von innovativen Technologien eine Verbesserung der Leistung oder eine ökologische Aufwertung erreicht wird (Deshalb soll das Wort *und* durch *oder* ersetzt werden). Auch in diesem Fall ist die Anwendung eines Prozentkriteriums nicht sinnvoll.

Die Ableitung auf bestehenden Querbauwerken zu untersagen, steht in keinem ursächlichen Zusammenhang mit dem Gewässerschutz. Diese Vorgabe sollte deshalb im Gewässerschutzplan nicht vorkommen.

Derzeit findet Forschung und Entwicklung im Bereich der Wasserkraftwerke vor allem im Bereich von „Turbinen mit sehr niederen Fallhöhen“ statt. Die Literatur dazu ist sehr umfangreich. Es gibt eine große Anzahl an Beispielen im europäischen Raum von gut funktionierenden und die öffentliche Sicherheit nicht beeinträchtigenden Wasserkraftwerken, die bei Sperren errichtet worden sind.

Gerade durch die Errichtung solcher Kraftwerke kann an diesen Sperren durch die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen die Fisch- und Geschiebedurchgängigkeit wieder hergestellt werden. Auch entsteht an diesen Anlagen üblicherweise keine Ausleitungsstrecke, sodass für solche Anlagen die ökologische Bilanz sehr positiv ausfällt und diese bei den für den Gewässerschutz zuständigen Behörden durchaus als sehr positiv gesehen werden.

6.5 Regelung der Restwassermengen

Grundsätzlich sollten die abzugebenden Restwassermengen nicht von der Art der Nutzung (Wasserkraft, Bewässerung, Beschneigung u.a.) abhängen, denn die Auswirkungen auf das abgeleitete Gewässer sind unabhängig von der Nutzung.

Weiters scheint es nicht zielführend, Mindestrestwassermengen aufgrund von Tabellenwerten, welche als Bezugsgrundlage lediglich die Größe des Einzugsgebietes heranziehen, festzulegen. In den letzten 2 – 3 Jahrzehnten erzielte Fortschritte in der Wissenschaft und daraus entwickelte Instrumente (Habitatmodelle, Dotationsversuche) sollten auch in einem im Jahre 2020 zu genehmigenden GSP Niederschlag finden. Durch wissenschaftlich aktuelle Methoden ist es viel besser möglich, auf die spezifischen Eigenschaften (Wasserdar-

gebot, Morphologie, Geschiebehalt, Habitatvorkommen, usw.) eines Fließgewässers einzugehen und dadurch Restwasserregimes gezielter und den ökologischen Erfordernissen des betroffenen Fließgewässers entsprechend zu gestalten.

Das Unterkapitel 6.5.1 scheint im Zusammenhang mit der Regelung der Restwassermengen aus einem übergeordneten Kontext herausgenommen. Der qualitative und quantitative Zustand der Fischpopulation ist nämlich nicht nur in Zusammenhang mit Restwassermenge zu sehen. Es ist ein vielschichtiges Wirkungsgefüge, welches den Zustand der Fischpopulation beeinflusst. Deshalb sollte dieses Kapitel an einer geeigneteren Stelle im GSP platziert werden.

6.6 Begrenzung der maximalen Ableitungsmengen

Es ist aus gewässerökologischer Sicht sicher richtig, dass bei jeder Wassernutzung eine maximal ableitbare Wassermenge festgelegt wird. Die Aussage, dass durch die Begrenzung der maximalen Ableitungsmenge auch für künftige Generationen eine Gewässernutzung möglich ist, muss wissenschaftlich begründet sein.

Weiters ist die Einhaltung der Qualitätsziele im GSP in Zusammenhang mit dem Gewässer zu setzen und nicht mit der Art der Nutzung bzw. mit der Größe der von der Nutzung versorgten Fläche. Die Einhaltung der Qualitätsziele des GSP steht beispielsweise bei Bewässerungen in keinem fachlichen Zusammenhang mit einer aufgrund der berechneten Fläche definierten maximalen Ableitungsmenge. Vielmehr geht es darum, welcher Anteil des im betroffenen Fließgewässer vorhandenen Wasserdargebotes von einer Bewässerungsanlage genutzt wird. Die maximal ableitbare Wassermenge sollte aufgrund von gewässerökologischen Kriterien, nicht aufgrund anderer, nicht in ursächlichem Zusammenhang mit den Qualitätszielen des Gewässers stehenden Parametern festgelegt werden. Dies ist als kontraproduktiv für die gesellschaftliche Entwicklung und für die wirtschaftliche Tätigkeit vor allem auch in peripheren Gebieten zu sehen.

Band G - Normativer Teil

Art. 8 Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

In Absatz 2 ist nicht auf den Band F, Kapitel 5.4, sondern auf Kapitel 6.4 zu verweisen.

Besondere Hinweise der Gemeinde Vahrn

Konzessionen für Wasserkraftwerke sollten vom Eigentümer auf den Betreiber des Wasserkraftwerkes oder auf beteiligte Gesellschaften übertragen bzw. umgeschrieben werden können.

13) Abänderung des Stellenplans der Gemeindebediensteten (Beschluss Nr. 53)

Der Gemeinderat beschließt einstimmig mittels Handerheben (17 Anwesende – 17 Ja-Stimmen),

- 1) den Stellenplan der Gemeindebediensteten abzuändern bzw. zu ergänzen:
 - Schaffung einer neuen Vollzeitstelle Verwaltungsassistent mit Diplom über ein mindestens zweijähriges Universitätsstudium, VII. F.E. (Berufsbild Nr. 58);
 - Streichung einer Vollzeitstelle Verwaltungsassistent, VI. F.E.;
- 2) festzuhalten, dass sich der aktuelle Stellenplan der Gemeindebediensteten gemäß beiliegender Tabelle zusammensetzt.

11) Bericht des Bürgermeisters und der Gemeindereferente

Gemeindereferent Dietmar Pattis

- zwei Elektrotankstellen sollen errichtet werden: Kosten 8.000,00 Euro
- Mobilitätsplan: es sollen ab 7. September einige Neuerungen beim Citybus in Kraft treten
- Sommerbetreuung in Vahrn: das Projekt läuft sehr gut

12) Allfälliges

Bürgermeister Andreas Schatzer

- Artikel 10 des Landesgesetzes Nr. 9 vom 19. August 2020 gibt den Gemeinden die Möglichkeit, für den Zeitraum von März bis Juni 2020, oder auf jeden Fall bis zur Wiederaufnahme der Tätigkeit, deren Einstellung in den Notverordnungen zu COVID-19 vorgesehen ist, auf den Miet- oder Konzessionszins oder andere geschuldete Beträge für die Nutzung von Liegenschaften in ihrem Eigentum zu verzichten, falls die betroffenen Subjekte einen Umsatzrückgang von mindestens 50 Prozent im Vergleich zum Umsatz im entsprechenden Zeitraum des Jahres 2019 erlitten haben: dies sollte gewährt werden.

Peter Tauber

- Beleuchtung Seiserleite: wann wird diese aktiviert?
Bürgermeister: die Leuchtkörper sind noch zu montieren
- Citybus: die Zieglerzone ist weiterhin ohne Verbindung.

Sitzungsende: 23.15 Uhr.

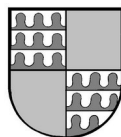
Gelesen, bestätigt und unterfertigt.

DER VORSITZENDE

- Andreas Schatzer -

DER SEKRETÄR

- Dr. Alexander Braun -



Protocollo della seduta del Consiglio Comunale

Nell'anno duemilaventi, il quattro del mese di agosto con inizio alle ore 19:00 (04.08.2020) previo esaurimento delle norme di legge i membri del consiglio comunale sono stati convocati ad una seduta nella Casa Voitsberg.

Presenti:

- SCHATZER Andreas**
- TAUBER Josef**
- BRUGGER Heinrich**
- KAINZWALDNER ÖTTL Anna**
- KERER Walter**
- PATTIS Dietmar**
- BASSANELLO Luciana**
- BRUGGER Michael**
- KERER Hermann**
- KOFLER Walter**
- MAIR ENGL Margareth**
- PALFRADER Verena**
- PICHLER Peter**
- PLONER Alexander**
- SCHWEIGKOFER Ernst**
- TAUBER Alexander**
- TAUBER Peter**

Assenti: **HUBER Paul (assente giustificato)**

ed in presenza del Segretario comunale dott. Alexander BRAUN.

Riconosciuto il numero legale degli intervenuti, Andreas Schatzer nella sua qualità di sindaco assume la presidenza, saluta i membri del consiglio presenti e dichiara aperta la seduta.

Il Presidente Andreas Schatzer nomina come scrutatori della seduta odierna Margareth Mair Engl e Peter Tauber, ai sensi del regolamento interno del Consiglio comunale.

**1) Approvazione del verbale della precedente seduta consiliare del 30 giugno 2020
(Delibera n. 44)**

Il Consiglio comunale delibera mediante alzata di mano con 13 voti favorevoli ed 1 astensione (Peter Pichler) su 14 consiglieri presenti (Dietmar Pattis, Michael Brugger ed Alexander Tauber assenti) di approvare il verbale della precedente seduta consiliare del 30 giugno 2020.

Dietmar Pattis entra nella sala per le sedute.

2) Interrogazione dei consiglieri comunali Peter Tauber e Verena Palfrader della lista "Grüne Bürgerliste Vahrn": Piano delle zone di pericolo: Come mai questo piano per il Comune di Varna non è stato ancora approvato?

Il Segretario comunale dott. Alexander Braun legge l'interrogazione e la lettera di risposta.
Peter tauber dichiara di essere soddisfatto solo in parte della risposta.

Alexander Tauber entra nella sala per le sedute (ore 19.20).

Michael Brugger entra nella sala per le sedute (ore 19.30).

3) Variazioni del bilancio preventivo 2020 (Delibera n. 45)

Il Consiglio comunale delibera mediante alzata di mano con 13 voti favorevoli e 4 astensioni (Peter Pichler, Walter Kofler, Peter Tauber und Verena Palfrader) su 17 consiglieri presenti,

- 1) di approvare le singole variazioni di bilancio elencate negli allegati;
- 2) di dare atto che il documento unico di programmazione (DUP) 2020 - 2022 è integrata con la presente variazione di bilancio;
- 3) di dare atto del rispetto dell'articolo 193 comma 1 del Decreto Legislativo 18-08-2000 n. 267, riguardante la salvaguardia degli equilibri di bilancio;

Der Gemeinderat beschließt mittels Handerheben mit 13 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen (Peter Pichler, Walter Kofler, Peter Tauber und Verena Palfrader) bei 13 Anwesenden,

- 4) di dichiarare immediatamente eseguibile la presente delibera.

**4) Salvaguardia degli equilibri di bilancio di cui all'art. 193 del D.Lgs. del 18/08/2000, n. 267
(Delibera n. 46)**

Il Consiglio comunale delibera ad unanimità di voti, mediante alzata di mano (17 consiglieri presenti – 17 voti favorevoli,

- 1) di dare atto del permanere degli equilibri generali di bilancio di cui all'art. 193 del Decreto Legislativo del 18.08.2000, n. 267;
- 2) di dare atto che non emergono fatti e riscontri in ordine a possibili riduzioni dei residui attivi inseriti nel bilancio 2020, così come rideterminati in sede di approvazione del rendiconto 2019, tenuto presente anche quanto emerso dal riaccertamento dei residui, e quanto previsto in accantonamento dell'avanzo 2019 a titolo di fondo di crediti di dubbia esigibilità;
- 3) di dare atto che non risultano debiti fuori bilancio riferiti sia all'esercizio 2019 e precedenti, sia alla gestione di competenza 2020, da riconoscere e finanziare;
- 4) di dare atto che non emergono squilibri di bilancio sia in termini di equilibrio complessivo che di equilibrio economico come risultante dalla tabella allegata alla presente deliberazione che forma parte integrante della presente deliberazione;
- 5) di dare atto che il presente provvedimento non comporta impegno di spesa.

5) Partecipazione ad una Società Consortile a responsabilità limitata Centro per anziani Bressanone-Varna-Luson con approvazione dello statuto della società e dell'atto costitutivo (Delibera n. 47)

Il Consiglio comunale delibera ad unanimità di voti, mediante alzata di mano (17 consiglieri presenti – 17 voti favorevoli,

- 1) Di costituire una società consortile a responsabilità limitata denominata "Centro Anziani Sovracomunale Bressanone-Varna-Luson soc.cons.a.r.l." per la progettazione, la realizzazione e la messa a disposizione della struttura sovracomunale per anziani sulla base dell'accordo di programma del 27 febbraio 2018, stipulato fra l'APSP "Santo Spirito" di Bressanone ed i Comuni di Bressanone, Varna e Luson.
- 2) Di dare atto che la società è costituito con la partecipazione dei Comuni di Bressanone (quota di partecipazione 47%), Varna (quota di partecipazione 45%) e Luson (quota di partecipazione 8%).
- 3) Di dare atto che il capitale sociale iniziale è di Euro 500.000,00 (cinquecentomila/00), di cui il 25% da versare con l'atto di costituzione.
- 4) Di approvare lo schema di atto costitutivo e lo statuto della società denominata "Centro Anziani Sovracomunale Bressanone-Varna-Luson soc.cons.a.r.l." che costituisce parte integrante e essenziale del presente provvedimento anche se non materialmente allegato.
- 5) Di dare atto, come meglio precisato in dettaglio nel preambolo del presente provvedimento, che lo schema di atto costitutivo, in conformità a quanto prescritto dall'art. 7, c. 3, del D.lgs. 175/2016, prevede gli elementi essenziali minimi prescritti dall'art. 2463 del Codice Civile per le società a responsabilità limitata.
- 6) Di dare atto che, come si evince dai schemi di atto costitutivo e di statuto, l'impegno di spesa relativo alla capitalizzazione della società è pari ad Euro 225.000,00, da versare il 25% pari ad Euro 56.250,00 all'atto della costituzione.
- 7) Di dare atto, come meglio precisato in premessa, che lo schema di statuto sociale risulta conforme ai requisiti previsti dall'ordinamento comunitario, statale e locale in materia di affidamento dei servizi pubblici locali e partecipazioni pubbliche.
- 8) Di designare quale Amministratore Unico per tre anni e fino alla data stabilita per l'approvazione del bilancio 2022 da parte dell'Assemblea dei soci il signor Plank Wolfgang, nato a Bressanone (BZ) il 23.08.1955, domiciliato in Bressanone (BZ), Via Pra Alto n. 14, Codice fiscale PLNWFG55M23B160Y, Cittadino italiano.
- 9) Di designare quale revisore legale ai sensi dell'art. 21 dello statuto il signore Dalla Torre Luca, nato a Salzburg (A) il 12.03.1960, domiciliato a Bressanone, Via Osw. v. Wolkenstein n. 171, Codice fiscale DLLLLCU60C12Z102K, cittadino italiano, iscritto all'ordine dei dottori commercialisti e degli esperti contabili di Bolzano al n. A/0202, con durata in carico fino all'approvazione del bilancio al 31 dicembre 2022.
- 10) Di autorizzare il Sindaco, o suo delegato, a sottoscrivere il rogito notarile e/o a compiere tutte le attività negoziali necessarie per dare attuazione alla presente deliberazione, e per consentirne il perfezionamento, prestando consenso a che vengano apportate allo statuto le eventuali modifiche, di natura non sostanziale, necessarie su indicazione del notaio o di altri uffici pubblici, per ragioni di natura normativa, amministrativa o fiscale.
- 11) di autorizzare la spesa di 225.000,00 Euro come quota di partecipazione alla neo costituenda società e di imputarla al seguente capitolo, che presenta sufficiente disponibilità:

Betrag importo	Kap. cap.	Art. art.	5. Ebene 5 livello	Bezeichnung Denominazione		Verpflichtung impegno	Jahr anno
225.000,00 €	12033.0110300		U.3.01.01.03.002	Akquisitionen von Beteiligungen und Kapital-einbringungen bei sonstigen Unternehmen	Acquisizioni di partecipazioni e conferimenti di capitale in altre imprese	1275/2020	2020

Michael Brugger esce dalla sala per le sedute.

6) Modifiche al piano urbanistico ed al piano paesaggistico (verde-verde) (Delibera n. 48)

Sulle modifiche al piano paesaggistico ed urbanistico proposte, il Consiglio comunale delibera separatamente con alzata di mano come di seguito:

- a) trasformazione da bosco in zona di verde agricolo (pp. ff. 248/1, C.C. Novacella I), elaborata dal dott. arch. Gerhard Tauber del novembre 2018:
approvato con 14 voti favorevoli 2 astensioni in presenza di 16 consiglieri votanti, con la seguente prescrizione risp. con la prescrizione della Commissione:
 - la trasformazione viene approvata solamente per la parte occidentale, in quanto la parte di bosco ad est della p.ed. 143, C.C. Novacella I, deve rimanere;
 - piantagione di una siepe lungo la strada sul margine settentrionale e di due castagni sul margine orientale dell'area di trasformazione.
- b) trasformazione da bosco in zona di verde agricolo (p.f. 689/1, C.C. Varna I), elaborata dal dott. Johann Wild del giugno 2019:
approvato all'unanimità con 16 voti favorevoli in presenza di 16 consiglieri votanti, con le seguenti prescrizione della Commissione:
 - ad eccezione di una fascia larga 10 m lungo la corsia del raccordo autostradale;
 - quale misura di compensazione devono essere piantati alberi da frutta ad alto fusto, distribuiti su una parte dell'area di trasformazione.
- c) trasformazione da bosco in zona di verde agricolo (pp. ff. 2690, 2693/1, 2693/2, 2694/1 e 2695/2, tutte del C.C. Scaleres I), elaborata dal dott. Stephan Pichler del maggio 2019:
approvato all'unanimità con 16 voti favorevoli in presenza di 16 consiglieri votanti, con le seguenti prescrizione della Commissione:
 - la sezione sud-occidentale si presenta già oggi come un pascolo poco alberato. Latifoglie si alternano a cespugli di ginepro e sassaie. Si tratta di un ambiente di gran valore ecologico. Per preservare al meglio questo pascolo nel suo stato attuale, la Commissione è favorevole a trasformarlo in prato e pascolo alberato, ma non in zona di verde agricolo, mantenendo ampiamente questi elementi naturali e paesaggistici.
 - non possono essere effettuati lavori di deforestazione o di movimento terra;
 - viene approvata la trasformazione da bosco in zona di verde agricolo presso l'area sopra la strada di accesso al maso risp. sopra il maso stesso. In questa zona deve essere costruita una nuova strada di accesso e un nuovo accesso alla sede dell'azienda agricola.
- d) trasformazione da bosco in zona di verde agricolo (pp. ff. 1130, 1132, 1133 e 1135, tutte del C.C. Varna I), elaborata dall'arch. Claudio Rappo del ottobre 2019:
approvato con 15 voti favorevoli ed 1 astensione in presenza di 16 consiglieri votanti, con la seguente prescrizione della Commissione:
 - nei due punti più scoscesi - nella parte centrale e settentrionale dell'area di trasformazione - alcuni latifoglie devono essere mantenuti o piantati.
- e) trasformazione da bosco in zona di verde agricolo e prato e pascolo alberato (p.f. 244, C.C. Varna I), elaborata dal dott. ing. Wolfgang Dorfmann del novembre 2019:
approvato con 14 voti favorevoli e 2 astensioni in presenza di 16 consiglieri votanti, con le seguenti prescrizioni della Commissione:
 - l'area prevista come prato e pascolo alberato deve essere contrassegnata nel piano paesaggistico come castagneto;
 - alcuni castagni esistono già, ma altri devono ancora essere piantati per creare un vero e proprio castagneto. In quest'area non possono essere effettuati lavori di deforestazione e di movimento terra. È inoltre importante che nell'area per la quale è prevista la trasformazione da bosco in zona di verde agricolo, la fascia di terreno ripido sotto la strada verso "Salern", coperta di massi, sia esclusa dai lavori di disboscamento. Inoltre, lungo la strada d'accesso al maso "Hasler" si devono mantenere i castagni esistenti e piantare alcuni latifoglie. Deve essere mantenuto anche un cumulo di pietre.
 - come misura di compensazione paesaggistico-ecologica, è prevista la costruzione di uno stagno naturale con una superficie di 8 x 3 m; al centro deve avere una profondità minima di 1,3 m.

- f) trasformazione da bosco in prato e pascolo alberato (pp. ff. 574/1, 577/1, 579/1, 580/1, 583 e 3201, tutte del C.C. Varna I), elaborata dal dott. ing. Wolfgang Dorfmann del novembre 2019: approvato con 14 voti favorevoli e 2 astensioni in presenza di 16 consiglieri votanti, con la seguente prescrizione della Commissione:
- nella superficie prevista come pascolo alberato non possono essere effettuati lavori di deforestazione e di movimento terra.

La delibera del Consiglio comunale è da trasmettere alla ripartizione 28 della Provincia Autonoma di Bolzano per il proseguimento della procedura di approvazione a norma della L.P. n. 13 dell'11.08.1997.

Michael Brugger entra nella sala per le sedute.

7) Approvazione definitiva del piano di attuazione della zona residenziale di completamento B10 "Forst" (Delibera n. 49)

Il Consiglio comunale delibera ad unanimità di voti, espressi mediante alzata di mano (17 consiglieri presenti – 17 voti favorevoli,

- 1) di rinviare il punto dell'ordine del giorno per i motivi indicati nelle premesse della delibera.

8) Approvazione dell'accordo di cooperazione tra Provincia Autonoma di Bolzano, Comune di Varna e Euregio Plus SGR per l'areale della caserma Verdone (Delibera n. 50)

Il Consiglio comunale delibera mediante alzata di mano con 16 voti favorevoli ed 1 voto contrario (Walter Kofler) su 17 consiglieri presenti,

- di approvare l'accordo di cooperazione tra Provincia Autonoma di Bolzano, Comune di Varna e Euregio Plus SGR finalizzato alla promozione e strutturazione di un'operazione di finanza immobiliare ex art. 33 comma 2 del Decreto Legge n. 98/2011, convertito in L. n. 111/2011, per la valorizzazione urbanistica e sociale degli immobili di proprietà della Provincia Autonoma di Bolzano.
- di autorizzare il Sindaco alla sottoscrizione della Convenzione conferendogli mandato di apportare eventuali modifiche, integrazioni e variazioni di carattere formale e di modesto contenuto.

9) Presa di posizione sullo studio di fattibilità relativamente al piano di riassetto rete nella valle d'Isarco per la connessione BBT (Delibera n. 51)

Il Consiglio comunale delibera ad unanimità di voti, espressi mediante alzata di mano (17 consiglieri presenti – 17 voti favorevoli,

- 1) di esprimere un parere positivo riguardante lo studio di fattibilità relativamente al piano di riassetto rete elettrica nella valle d'Isarco per la connessione BBT con le seguenti condizioni:
 - devono essere creati i presupposti per lo smantellamento o lo spostamento della sottostazione RFI a Varna;
 - le linee elettriche esistenti e i tralicci dell'elettricità, comprese le fondamenta in calcestruzzo, devono essere smantellati e rimossi;
 - le servitù inserite al libro fondiario per le linee elettriche lungo le linee non più utilizzate devono essere cancellate;
 - di contattare in tempo utile i proprietari dei terreni dove verranno costruite le nuove linee elettriche per trovare una soluzione più consensuale possibile, in particolare per quanto riguarda le indennità e le servitù.

10) Presa di posizione sul piano di tutela delle acque per la Provincia Autonoma di Bolzano (Delibera n. 52)

Il Consiglio comunale delibera ad unanimità di voti, espressi mediante alzata di mano (17 consiglieri presenti – 17 voti favorevoli,

- 1) di esprimere un parere positivo riguardante il progetto preliminare sul Progetto di Piano di tutela delle acque con le seguenti osservazioni:

Premessa

In base alla direttiva quadro UE sulle acque 2000/60/UE, la Provincia Autonoma di Bolzano è tenuta a definire, pianificare, attuare e monitorare delle misure per il raggiungimento di un buono stato ecologico delle acque (stagnanti e correnti).

La bozza del Piano di tutela delle acque (di seguito "Bozza") contiene le misure per il raggiungimento o il mantenimento degli obiettivi ambientali per la tutela delle acque. Esso costituisce un piano stralcio del piano generale di utilizzazione delle acque pubbliche (PGUAP) approvato con decreto del Presidente della Repubblica del 22 giugno 2017.

La bozza è già stata approvata dalla Giunta provinciale. Secondo la legge provinciale n. 13/1997 e n. 17/2017, i cittadini, i Comuni e i gruppi di interesse possono presentare osservazioni. L'approvazione finale viene poi effettuata dalla Giunta provinciale.

La presente presa di posizione serve a presentare il punto di vista di questa amministrazione comunale. Questo punto di vista non deve necessariamente coincidere con l'opinione dei singoli cittadini o dei gruppi d'interesse, ma dal punto di vista dell'amministrazione comunale rappresenta un Comune denominatore degli obiettivi politici e sociali stabiliti negli statuti comunali e nella corrispondente missione.

Introduzione

Ogni società che si impegna per la sostenibilità e la resilienza nei suoi obiettivi socio-politici ha il dovere di mantenere e, se possibile, migliorare la funzionalità ecologica dei corsi d'acqua e, allo stesso tempo, di consentirne un uso appropriato per gli interessi pubblici e privati. I corsi d'acqua rappresentano una componente ecologica estremamente importante. Tuttavia, i corsi d'acqua svolgono anche importanti funzioni sociali (ad es. per la ricreazione di prossimità) ed economiche (ad es. per la pesca).

Dal punto di vista normativo, la direttiva quadro sulle acque dell'UE rappresenta una pietra miliare per la conservazione e il miglioramento della funzionalità ecologica dei corsi d'acqua. Tutte le disposizioni legislative e normative basate su di essa hanno il compito di recepire le indicazioni della direttiva quadro UE sulle acque. Ciò vale anche per il PTA della Provincia Autonoma di Bolzano.

D'altra parte, va notato che ci sono altri interessi pubblici da salvaguardare oltre alla tutela dei corpi idrici. La tutela dell'acqua non deve avere la precedenza su altri interessi pubblici, che servono importanti obiettivi socio-politici in termini di sostenibilità, neutralità climatica e resilienza. Alcuni esempi sono i seguenti:

- il paesaggio naturale e culturale del nostro territorio, sviluppatosi nei secoli attraverso l'attività agricola,
- la produzione di energia rinnovabile dall'energia idroelettrica, che fornisce un importante contributo alla protezione del clima e spesso rappresenta una fonte di reddito diretta o indiretta molto importante per i Comuni,
- la competenza e la forza innovativa di molte piccole e medie imprese, che spesso si trovano in zone periferiche e offrono posti di lavoro di elevata qualità.

Regolamentazioni in materia di tutela delle acque troppo restrittive e che eccedono gli obiettivi non devono limitare o ostacolare lo sviluppo sostenibile nei settori dell'agricoltura, della produzione di energia, del turismo, della riduzione delle emissioni di CO₂ così come il mantenimento dei posti di lavoro nelle zone rurali. Un tale sviluppo sarebbe controproducente e, in ultima analisi, a causa della mancanza di finanziamenti pubblici e privati, la tutela delle acque in linea con gli obiettivi della DQA potrebbe essere perseguita solo in misura limitata.

Pertanto, una ponderazione degli interessi deve già avere luogo nell'adozione finale del piano di tutela delle acque. Anche nelle procedure di approvazione delle derivazioni di acque, nuove o da rinnovare, devono essere previsti strumenti adeguati per il bilanciamento degli interessi. L'iter della procedura di approvazione cumulativa per il settore ambientale non tiene conto di questa ponderazione degli interessi, motivo per cui sono necessari ulteriori strumenti che servano all'obiettivo dell'equilibrio degli interessi pubblici.

Inoltre, va notato che solo i rappresentanti delle autorità competenti sono stati incaricati della preparazione del progetto. In questa fase sarebbe stato opportuno coinvolgere diverse parti sociali ed esperti esterni. In alcune parti, gli assunti politici sono presentati come fatti tecnici. Prima dell'adozione della bozza viene proposto un processo di revisione indipendente. Ciò garantisce che il PTA sia un documento tecnicamente corretto, privo di opinioni personali e quindi meno soggetto a rimostranze.

Struttura della bozza di piano di tutela delle acque

Il piano di tutela delle acque è suddiviso in sette volumi e tre allegati:

Volume A - Tipizzazione e identificazione dei corpi idrici

Volume B - Gestione delle acque reflue

Volume C - Analisi della pressione dei corpi idrici

Volume D - Qualità dei corpi idrici

Volume E – Registro delle aree protette

Volume F - Misure per la tutela delle acque

Volume G - Parte normativa

Allegato 1 – Corsi d'acqua e laghi tipizzati e identificati

Allegato 2 - Schede dei corsi d'acqua e dei laghi

Allegato 3 - Impianti di depurazione delle acque reflue urbane

Nella presente presa di posizione vengono trattati i punti che secondo i Comuni risultano rilevanti.

Volume B - Gestione delle acque reflue

Le disposizioni del volume B non sono molto concrete e sono prive di valore vincolante. Per lo smaltimento dei fanghi di depurazione, non si dovrebbe solo rinviare al piano di gestione "Rifiuti speciali della Provincia di Bolzano (Delibera della Provincia di Bolzano n. 1028/2017)". Nel PTA si dovrebbero dare indicazioni più concrete, perché:

- la situazione attuale nel campo del recupero e dello smaltimento dei fanghi di depurazione è estremamente tesa sia a livello nazionale che internazionale e si può parlare di un'emergenza per lo smaltimento dei fanghi di depurazione;
- I fanghi di depurazione possono essere smaltiti solo difficilmente e solo al di fuori della provincia a costi elevati.

È ovvio che il finanziamento delle misure da adottare nel campo della gestione delle acque reflue (ad esempio la costruzione di un impianto di trattamento termico dei fanghi di depurazione) debba essere a carico della Provincia Autonoma di Bolzano.

2.8 Acque meteoriche e di lavaggio dalle aree esterne

Mentre il titolo di questo capitolo parla di acque meteoriche e di lavaggio, il testo dello stesso tratta solo di acque meteoriche.

Inoltre, non è chiaro cosa si intenda per "riutilizzo dell'acqua meteorica non inquinata". Deve anche essere possibile lo scarico in acque superficiali se altre forme di riutilizzo possono essere ottenute solo con grandi spese o non sono economicamente sostenibili.

3 Misure di adeguamento e relativi costi

3.1 Collettamento e depurazione delle acque reflue

Non è chiaro se le misure previste per i prossimi 6 anni possano essere finanziate con una spesa totale di 114 milioni di euro, come tali misure debbano essere finanziate, chi è responsabile della pianificazione e dell'attuazione delle misure e chi coprirà eventuali esigenze finanziarie aggiuntive. Il PTA è destinato ad essere uno strumento valido per i prossimi anni, per cui i passaggi di testo che si riferiscono ai prossimi 6 anni diventeranno presto obsoleti.

3.2 Impianti di scambio termico

Negli ultimi anni, il cambiamento climatico ha anche portato a un riscaldamento delle acque (sia acque correnti che acque stagnanti). Ciò rappresenta una minaccia per la conservazione della biodiversità delle nostre acque. Per questo motivo, l'utilizzo di acque per il raffreddamento o il riscaldamento deve essere sottoposto a un'indagine approfondita per quanto riguarda il suo impatto ambientale. Queste indagini non devono basarsi solo sullo stato attuale, ma devono anche tener conto delle conseguenze del cambiamento climatico con il conseguente aumento della temperatura dell'acqua.

3.3 Sgombero neve

Lo sgombero della neve è di competenza dei Comuni. È quindi necessario coinvolgere i Comuni nello sviluppo del rispettivo concetto di sgombero neve. Inoltre, occorre chiarire chi definisce i casi eccezionali previsti dalla bozza e li giudica ammissibili. Inoltre, i tratti da definire come acque residue o rivitalizzate ai sensi del presente articolo devono essere concordati con il Comune territorialmente competente.

Volume E – Registro delle aree protette

1.2 Corpi idrici superficiali designati per l'estrazione di "acqua destinata al consumo umano"

Sembra troppo restrittivo nominare nel piano di tutela delle acque solo quei corpi idrici superficiali che vengono già utilizzati per l'acqua potabile. Il capitolo dovrebbe anche trattare un possibile futuro uso delle acque superficiali per il consumo umano e indicare le condizioni su cui tale uso si basa.

Inoltre, il capitolo non tratta le misure necessarie per garantire che l'acqua proveniente dalle acque superficiali sia sicura per il consumo umano nel lungo termine.

1.4 Aree di tutela per l'acqua potabile

La delimitazione delle aree protette da parte degli esperti responsabili dovrebbe essere effettuata in stretto coordinamento con il rispettivo Comune, poiché all'interno dell'amministrazione comunale esistono spesso competenze storiche relative alle acque sotterranee ed ai flussi di sorgente.

1.5 Obiettivi specifici per i corpi idrici destinati al consumo umano

Ai Comuni ovvero agli enti di approvvigionamento di acqua potabile deve essere garantita un'opportunità continua di formazione e perfezionamento professionale. Il trasferimento di conoscenze dalle università, dai centri di competenza e dall'industria ai singoli Comuni deve essere coordinato dalla provincia e devono essere sviluppate le migliori pratiche corrispondenti.

1.6 Corpi idrici superficiali con funzione di ricarica delle falde acquifere che risultano idonee, per quantità e qualità, per l'approvvigionamento idropotabile

Per quanto riguarda l'approvvigionamento delle falde acquifere da parte delle acque superficiali, dovrebbero essere sviluppati modelli appropriati per modellare gli effetti del cambiamento climatico, gli usi aggiuntivi e l'inquinamento. In questo modo si possono anticipare le misure necessarie ed evitare strozzature nella fornitura di acqua potabile.

Volume F - Misure per la tutela delle acque: riduzione degli apporti di sostanze inquinanti, misure relative ai vari usi e per il miglioramento degli habitat

6. Utilizzo delle acque superficiali

6.1 Misure per le derivazioni esistenti

Gli investimenti per le strutture corrispondenti vengono spesso effettuati sulla base di una durata di almeno 30 anni. Per questo motivo, qualsiasi modifica ad una concessione di derivazione dell'acqua esistente deve essere effettuata dopo aver soppesato gli interessi in campo. Solo se le conseguenze economiche sono accettabili per il concessionario e se il miglioramento previsto è rilevante per il corso d'acqua in questione, dovrebbe essere possibile intervenire sui diritti esistenti.

La ponderazione degli interessi dovrebbe essere effettuata da un organismo neutrale (ad esempio un esperto indipendente) e non dall'Agenzia per l'ambiente stessa.

6.3 Misure per nuove derivazioni idriche

Con delibera n. 834 del 14.07.2015, in base alla Legge Provinciale n. 2/2015, che disciplina le derivazioni idriche di piccole e medie dimensioni per la produzione di energia elettrica, sono stati definiti i tratti sensibili dei corpi idrici per quanto riguarda l'utilizzo idroelettrico. Dal punto di vista di una logica amministrativa, appare discutibile trasferire i corpi idrici sensibili definiti dalla delibera n. 834/2015 direttamente nel piano di tutela delle acque senza ulteriori spiegazioni tecniche, e quindi generalizzarli per tutti gli altri usi, tanto più che la procedura di definizione dei corpi idrici sensibili viene spiegata ancora una volta nel capitolo 6.4, che si riferisce alle derivazioni idriche per la produzione di energia elettrica fino a 3.000 kW di capacità nominale. Da un punto di vista tecnico e amministrativo, non è evidente che si faccia già riferimento, nei capitoli 6.2 e 6.3, ai criteri definiti nella delibera n. 834/2015.

Un riferimento tecnico e una giustificazione plausibile del perché i criteri di sensibilità sviluppati nella delibera n. 834/2015 debbano essere applicati anche ad usi diversi da quello idroelettrico è necessaria per evitare future incoerenze o - nel peggiore dei casi - costosi procedimenti giudiziari nei procedimenti sui diritti idrici per le derivazioni idriche nuove o soggette a rinnovo.

Il capitolo 6.2 introduce in parte disposizioni molto restrittive per il rinnovo delle derivazioni idriche. Nella Provincia di Bolzano, soprattutto in quelle zone del territorio a bassa piovosità, solo l'utilizzo dei corsi d'acqua ha permesso di sviluppare l'agricoltura e quindi di creare il prezioso paesaggio naturale e colturale. Molti utilizzi dell'acqua esistono da secoli ed è impossibile immaginare la vita senza di essi. Nel capitolo 6.2, paragrafo d, si prevede di concedere solo un rinnovo provvisorio per 5 anni per i corpi idrici con pressioni potenzialmente significative (dove una pressione potenzialmente significativa è già assegnata per un utilizzo del carico idrico annuale del 20% - questa definizione sembra molto arbitraria e in eccesso rispetto all'obiettivo), con la possibilità di non rinnovare la concessione se non vengono attuate alcune misure. Si utilizzano i termini risparmio e razionalizzazione, laddove, ad esempio, l'agricoltura altoatesina ha già attuato i passi più importanti nel risparmio idrico passando dall'irrigazione a mezzo dei canali d'irrigazione "Waal", all'irrigazione a chioma e infine all'irrigazione a goccia (nella frutticoltura) e può essere vista come esempio mondiale nella tecnologia dell'irrigazione. In diversi casi, le misure di razionalizzazione e di risparmio sono possibili solo in misura limitata. In questo contesto, la parola chiave "razionalizzazione" non è chiara e ne dovrebbe essere spiegata la sua concreta portata.

Il mancato rinnovo di una concessione può significare che le tecniche di irrigazione in uso da secoli non possono essere proseguite, con la perdita irrimediabile di un bene colturale di valore. Questo può anche portare all'abbandono dei terreni agricoli con conseguente inselvaticamento del paesaggio e impoverimento della biodiversità.

La tutela dell'acqua non deve avere la precedenza su altre importanti preoccupazioni e conquiste sociali. Ogni concessione idrica deve essere collocata in un contesto più ampio, ed è necessaria una valutazione equilibrata e un bilanciamento degli interessi. Questi ultimi non dovrebbero essere effettuati dall'Agenzia per l'ambiente, ma da un organismo indipendente.

Dal punto di vista dei Comuni, è indispensabile rivedere questi due articoli (in particolare i paragrafi b, c e d) al fine di evitare qualsiasi sviluppo che possa compromettere sensibilmente l'equilibrio tra il paesaggio colturale e naturale e la notevole performance economica creatasi nella Provincia di Bolzano.

6.4 Disposizioni per nuove derivazioni idriche per la produzione di energia elettrica (fino a 3.000 kW di potenza nominale)

Il capitolo 6.4. riguarda le nuove derivazioni idriche per la produzione di energia elettrica fino a 3.000 kW di potenza nominale. Ciò solleva la questione di come vengono trattati gli scarichi idrici con potenza >3.000 kW dal punto di vista della tutela delle acque. Il PTA deve essere urgentemente integrato con questo argomento, in quanto è meglio evitare di dover sviluppare normative separate per le derivazioni idriche per la produzione di energia elettrica con potenza > 3.000 kW. Dal punto di vista dei Comuni, non è sufficiente il semplice riferimento alla valutazione ambientale (per cui occorre specificare se si tratta della valutazione ambientale strategica o della valutazione di impatto ambientale o di altro iter procedurale). Ciò favorisce l'arbitrarietà nell'esecuzione delle procedure inerenti i diritti idrici per derivazioni idroelettriche >3.000 kW.

Dall'approvazione della delibera n. 834 del 14.07.2015 sulla definizione delle acque sensibili, l'ottenimento di nuove concessioni per le derivazioni è stato ridisciplinato e definitivamente reso più difficile, come testimoniano numerosi esempi di progetti di derivazione idrica per la produzione di energia elettrica valutati negativamente negli anni 2016 - 2019.

Le ragioni di ciò si basano principalmente sulle seguenti circostanze:

- Mancato soppesamento dell'interesse pubblico: come già detto, i progetti devono essere valutati dopo il soppesamento dell'interesse pubblico
- Margine interpretativo: alcune formulazioni della delibera n. 834 del 14 luglio 2015 erano incomplete o carenti. Le autorità competenti hanno incluso nella loro valutazione dei progetti elementi che non sarebbero stati evidenti nel testo citato
- Valutazione negativa su corpi idrici poco sensibili. La decisione n. 834 ha designato i corpi idrici a bassa sensibilità, in gran parte mediante analisi basate su GIS (Sistema Informativo Geometrico) e criteri pensati seduti alla scrivania. Per i corpi idrici classificati come poco sensibili da queste analisi (numero: <30), sarebbe stata necessaria un'ulteriore valutazione circa l'approvabilità dei progetti dal punto di vista ecologico della risorsa idrica. Ciò avrebbe evitato una situazione in cui i progetti su corpi idrici poco sensibili, in conformità con tutti i requisiti ecologici della risorsa idrica, compresa la prova del mantenimento dello stato ecologico sulla base di una valutazione ad hoc da parte di un ufficio provinciale, venissero valutati negativamente.

L'attuazione della deliberazione n. 834 ha già causato grandi danni economici.

Con la riproduzione della delibera n. 834 nel PTA continueranno a esserci carenze nella possibilità di presentare progetti e nelle modalità di valutazione dei progetti presentati. Diverse disposizioni non sono fondate sull'ecologia della risorsa idrica, ma sulla matematica. Spesso non tengono conto delle caratteristiche specifiche del corpo idrico (caratteristiche morfologiche, regione geografica, stato chimico, bilanciamento del materiale solido di fondo, ecc) e contribuiscono alla tutela delle acque solo in termini presuntivi. La compatibilità ecologica di un progetto per la realizzazione di una centrale idroelettrica deve essere valutata caso per caso. Nella valutazione di un progetto si deve tener conto anche dello studio limnologico presentato dal richiedente. In caso di parere contrastante tra il richiedente del progetto e l'autorità competente sul mantenimento degli obiettivi di qualità, si dovrebbe ottenere un terzo parere indipendente sull'argomento.

I criteri matematici (ad es. derivazione massima del 50 % o 70 % possibile, PMPM < 50 l/s o estensione di una sezione di derivazione di un massimo del 15 %) non hanno alcun rapporto causale per quanto riguarda la funzionalità ecologica dei corsi d'acqua (a cui la tutela delle acque dovrebbe, in ultima analisi, servire). Pertanto, la loro applicazione nella valutazione dei progetti è altamente dubitabile dal punto di vista scientifico.

Se questi criteri devono essere mantenuti per soddisfare i requisiti di autorità di livello superiore (ad es. il Distretto idrografico delle Alpi orientali), le eccezioni (volume F, capitolo 6.4.5) dovrebbero prevedere la possibilità di approvare progetti che, in deroga ai criteri, si traducono in modo dimostrabile nel mantenimento o nel miglioramento dello stato ecologico, oppure quando l'interesse pubblico suggerisce che il progetto debba essere approvato.

Per soppesare l'interesse pubblico, si suggerisce di ridisegnare la procedura di autorizzazione delle derivazioni.

Attualmente la Conferenza dei Servizi è composta da uffici del settore ambientale. Un progetto viene respinto se viene presentato un parere negativo da uno degli uffici coinvolti. Nel senso di equilibrare l'interesse pubblico, è necessario quanto segue:

- Allargare la Conferenza dei servizi con un esperto delle energie rinnovabili, che valuterà e rappresenterà l'interesse pubblico di un progetto da valutare (capacità di creare entrate a favore della mano pubblica, rafforzare le periferie, preservare il paesaggio naturale e culturale, favorire lo sviluppo economico, salvaguardare gli obiettivi di protezione del clima, ecc.)
- Approvazione dei progetti con decisione a maggioranza o da parte del direttore dell'Ufficio VIA dopo aver soppesato gli interessi

Il capitolo 6.4.1, paragrafo i, è fuorviante. Dall'affermazione che si applicano ai corpi idrici al di sotto dei 6 km² le stesse disposizioni come ai corpi idrici > 6 km² si potrebbe concludere che, a condizione che siano soddisfatti i criteri di sensibilità, le derivazioni idriche per la produzione di elettricità per questi corpi idrici sono possibili. A questo si contrappone però la deroga di cui al capitolo 6.4.5, punto 2.

Per quanto riguarda i criteri (6.4.3) per determinare l'eventuale sensibilità dei corpi idrici, si sollevano i seguenti punti:

- Criterio a. Il criterio di non consentire le derivazioni nei corsi d'acqua con un PMPM < 50 l/s non è ecologicamente valido. È corretto che un corso d'acqua debba avere almeno 50 l/s di flusso per poter mantenere la minima funzione ecologica. D'altra parte, i corsi d'acqua - a seconda delle loro caratteristiche specifiche (bacino idrografico, rapporto tra portata minima e massima, portata media, morfologia del corso d'acqua) - con una dimensione di 6 - 10 km² e un PMPM < 50 l/s possono essere utilizzate senza alcun deterioramento della qualità del corso d'acqua. In questi casi è necessaria una valutazione caso per caso e si può prendere in considerazione una soluzione che preveda sempre almeno 50 l/s di acqua residua nel corso d'acqua. Anche in altri casi sono state realizzate derivazioni, con la chiusura dell'impianto nei mesi invernali e la chiusura dell'impianto quando il volume d'acqua scende al di sotto di un certo livello senza alcun deterioramento dimostrabile della qualità dell'acqua.
- Criterio b (Corpi idrici a bassa pendenza nei grandi fondovalle). In questo caso si stanno verificando molte innovazioni, ed è per questo che questo aspetto dovrebbe essere valutato durante la valutazione del progetto. In particolare nell'utilizzo di piccoli dislivelli, sono attualmente in corso grandi sforzi nella ricerca e sviluppo per sviluppare tecnologie che consentano di utilizzare anche piccole altezze di caduta in modo sensato dal punto di vista tecnico ed economico (ad es. turbine a vite d'Archimede, turbina VLH, turbina Steff, turbina a lamelle, riattivazione delle ruote idrauliche). Negli ultimi anni, anche lo sviluppo delle turbine cinetiche ha fatto grandi progressi. Normalmente esse non hanno alcun effetto sulla qualità del corso d'acqua, in quanto utilizzano la velocità del flusso dell'acqua e quindi non richiedono lo sbarramento, la deviazione, ecc. Pertanto, nel caso di corsi d'acqua con una pendenza molto bassa, i progetti dovrebbero essere valutati caso per caso e l'utilizzo non dovrebbe essere escluso fin dall'inizio.

- Criterio d (Corpi idrici con funzione di ricarica delle falde acquifere che risultano idonee, per quantità e qualità, all'approvvigionamento idropotabile) Non consentire a priori centrali elettriche in sezioni d'acqua che contribuiscono all'alimentazione delle acque sotterranee potrebbe essere sostituito da un esame del caso specifico con un'indagine dell'impatto sul bilancio idrico sotterraneo. Secondo lo stato attuale della tecnica, i modelli numerici delle acque sotterranee, che possono essere calibrati sulla base delle registrazioni esistenti o di quelle da effettuare del livello delle acque sotterranee, sono in grado di prevedere in modo molto affidabile gli effetti sul corpo idrico sotterraneo dovuti a cambiamenti delle condizioni esterne (ad esempio, l'acqua che viene derivata da un corpo idrico fuori terra che alimenta la falda) e di simulare vari scenari di gestione.
- Criterio f (Corpi idrici che non hanno raggiunto l'obiettivo ambientale, stato inferiore al buono). Per questi corsi d'acqua, in caso di nuove derivazioni, l'attuazione di misure di compensazione ambientale potrebbe eventualmente portare a un miglioramento dello stato ecologico. A priori, questi corsi d'acqua non dovrebbero essere esclusi dall'utilizzo.
- Criterio k (Corpi idrici classificati come potenzialmente a rischio a causa di usi non dissipativi). Questo criterio è puramente matematico e quindi non è scientificamente sostenibile. La lunghezza del tratto derivato non è direttamente correlata alla funzionalità ecologica di un corso d'acqua. Deve sempre essere considerato in relazione ad altre variabili come il rapporto tra il carico di acqua derivato e il carico totale dell'acqua, gli afflussi nel bacino imbrifero intermedio, le condizioni idromorfologiche nella sezione di scarico così come a monte e a valle della derivazione, il carico chimico e biologico, ecc. La definizione di questo criterio deve quindi essere messa in discussione in linea di principio.

Anche il rifiuto generale delle domande per i tratti derivati deve essere messo in discussione. L'uso di un'opera trasversale può essere utile anche nei tratti derivati dal punto di vista dell'ecologia della risorsa d'acqua. L'utilizzo all'estremità finale del tratto derivato, dove il flusso d'acqua è presente a causa di un significativo bacino di raccolta intermedio, può anche servire all'interesse pubblico.

Per quanto riguarda le deroghe (6.4.5), si suggerisce quanto segue:

- Punto 1: Per quanto riguarda l'approvvigionamento idroelettrico delle aziende agricole di montagna (a condizione che abbiano almeno 30 punti di svantaggio), va precisato che, ai sensi dell'art. 23/bis della LP n. 2/2015, è possibile una derivazione dell'acqua per la produzione di energia elettrica anche nei corsi d'acqua che non possono essere utilizzati per altre derivazioni (ad es. in bacini idrografici < 6 km²).
- Punto 6: Come già menzionato nei criteri per la definizione delle acque sensibili, una definizione in percentuale non è sostenibile dal punto di vista scientifico. Si tratta piuttosto di valutare la compatibilità ecologica di progetti che sono tecnicamente appropriati per la gestione delle acque e non di respingere questi progetti perché non possono soddisfare un criterio percentuale. Può anche darsi che un miglioramento ecologico possa essere ottenuto combinando le derivazioni, che molto spesso hanno avuto origine storicamente, anche se il tratto derivato si estende di oltre il 25%. Pertanto, questa deroga non dovrebbe includere una percentuale, ma dovrebbe piuttosto mirare a migliorare la qualità ecologica del corso d'acqua. In questo caso, un dato percentuale implica anche che un tratto di derivazione già lungo possa essere esteso più di un breve tratto di derivazione.
- Punto 7: Nel caso di derivazioni irrigue, dovrebbe essere sempre possibile ottenere una concessione nell'ambito delle concessioni esistenti (cioè quando l'acqua derivata raggiunge prima la turbina e poi l'impianto di irrigazione, cioè un collegamento in serie degli usi). L'uso multiplo non modifica il corpo idrico, quindi non c'è motivo, in termini di tutela dell'acqua, di non consentire tale uso su un corpo idrico particolarmente sensibile. Per questo motivo, la frase "qualora non si tratti già di corpi idrici particolarmente sensibili" dovrebbe essere stralciata.
- Punto 9: Dovrebbe essere sufficiente se, attraverso l'uso di tecnologie innovative, si ottiene un miglioramento delle prestazioni o un miglioramento ecologico (quindi le parole "e al contempo" dovrebbero essere sostituite da una o). Anche in questo caso, l'uso di un criterio percentuale non è appropriato.

Il divieto di derivazione su opere trasversali esistenti non ha alcun nesso causale con la tutela dell'acqua. Questa indicazione non dovrebbe quindi essere inclusa nel piano di tutela delle acque.

Attualmente, la ricerca e lo sviluppo nel campo delle centrali idroelettriche è principalmente nel settore delle "turbine a bassissima altezza di caduta". La letteratura su questo argomento è molto vasta. Nell'area europea esistono numerosi esempi di centrali idroelettriche ben funzionanti che non compromettono la sicurezza pubblica e che sono state costruite presso dighe.

È proprio con la costruzione di tali centrali elettriche che è possibile ripristinare la transitabilità dei pesci e dei letti di carico in queste dighe attraverso l'attuazione di misure di compensazione. Inoltre, di solito, in questi impianti non c'è un tratto derivato, per cui il bilancio ecologico è molto positivo, motivo per cui le autorità responsabili della tutela delle acque li considerano molto positivi.

6.5 Regolazione delle portate residue

In linea di principio, le quantità di acqua residua da scaricare non dovrebbero dipendere dal tipo di utilizzo (energia idroelettrica, irrigazione, innevamento, ecc.), poiché gli effetti sull'acqua scaricata sono indipendenti dall'utilizzo.

Inoltre, non sembra opportuno definire le portate residue minime sulla base di valori tabellari, che prendono come base di riferimento solo le dimensioni del bacino idrografico. I progressi scientifici raggiunti negli ultimi 2-3 decenni e gli strumenti sviluppati a partire da essi (modelli di habitat, esperimenti di dotazione) dovrebbero ben trovare spazio in un PTA che viene approvato nel 2020. Utilizzando metodi scientificamente aggiornati, è molto più facile rispondere alle caratteristiche specifiche (disponibilità di acqua, morfologia, bilanciamento del materiale solido di fondo, presenza di habitat, ecc.) di un corso d'acqua e quindi progettare i regimi idrici residui in modo più mirato e in accordo con le esigenze ecologiche del corso d'acqua in questione.

Il sottocapitolo 6.5.1 sembra essere estrapolato da un contesto sovraordinato in relazione alla regolazione delle portate residue. Lo stato qualitativo e quantitativo della popolazione ittica non deve essere visto in relazione al flusso residuo. Si tratta di un complesso sistema di effetti che influenza lo stato della popolazione ittica. Pertanto, questo capitolo dovrebbe essere collocato in un punto più appropriato del PTA.

6.6 Limitazione delle quantità massime derivabili

Dal punto di vista dell'ecologia della risorsa d'acqua, è certamente corretto specificare una quantità massima di acqua derivabile per ogni utilizzo. L'affermazione secondo cui, limitando la quantità massima derivabile, l'uso dell'acqua è possibile anche per le generazioni future, deve essere motivata scientificamente.

Inoltre, il rispetto degli obiettivi di qualità del PTA deve essere correlato al corpo idrico e non al tipo di utilizzo o alle dimensioni dell'area interessata dall'utilizzo. Nel caso dell'irrigazione, ad esempio, il rispetto degli obiettivi di qualità del PTA non ha alcun nesso tecnico con una quantità massima di acqua derivabile definita in base alla superficie irrigata. Piuttosto, è una questione di quale parte dell'acqua disponibile nel corso d'acqua interessato venga utilizzata da un sistema di irrigazione. La quantità massima di acqua derivabile deve essere definita sulla base di criteri di ecologia del corso d'acqua, non sulla base di altri parametri che non sono causalmente correlati agli obiettivi di qualità del corso d'acqua. Ciò dovrebbe essere considerato controproducente per lo sviluppo sociale e l'attività economica, soprattutto nelle aree periferiche.

Volume G - Parte normativa

Art. 8 Entrata in vigore e disposizioni transitorie

Nel comma 2 il rinvio al volume F, capitolo 5.4 è da sostituire con il capitolo 6.4.

Menzioni del Comune di Varna

Le concessioni per le centrali idroelettriche devono essere trasferibili dal proprietario al gestore della centrale idroelettrica o alle società partecipate.

13) Modifica della pianta organica del personale comunale (Delibera n. 53)

Il Consiglio comunale delibera ad unanimità di voti, espressi mediante alzata di mano (17 consiglieri presenti – 17 voti favorevoli,

- 1) di modificare risp. completare la pianta organica del personale comunale come di seguito:
 - creazione di un nuovo posto a tempo pieno di assistente amministrativo con diploma di studi universitari, VII. Q.F. (profilo professionale n. 58);
 - eliminazione di un posto a tempo pieno di assistente amministrativo, VI. Q.F.;
- 2) di annotare che l'attuale pianta organica del personale comunale è composta come da tabella allegata.

11) Relazione del Sindaco e degli assessori comunali

Assessore comunale Dietmar Pattis

- verranno costruite due colonne elettriche: costi 8.000,00 Euro
- Piano della mobilità: dal 7 settembre entreranno in vigore alcune novità per il Citybus
- Assistenza estiva a Varna: il progetto sta andando molto bene

12)Varie

Sindaco Andreas Schatzer

- L'articolo 10 della legge provinciale n. 9 del 19 agosto 2020 da ai Comuni la possibilità, che gli enti locali possono rinunciare ai canoni di locazione o di concessione, ovvero alle somme ad altro titolo loro dovute per l'utilizzo di immobili di loro proprietà chiusi a seguito delle ordinanze emergenziali relative al COVID-19, per il periodo da marzo a giugno 2020 o comunque fino alla riapertura delle attività, qualora i soggetti interessati abbiano subito una riduzione del fatturato di almeno il 50 per cento rispetto al fatturato relativo al corrispondente periodo del 2019: questo dovrebbe essere concesso.

Peter Tauber

- Illuminazione „Seiserleite“: quando verrà attivata?
Sindaco: devono essere montati ancora i corpi illuminanti
- Citybus: la zona Ziegler è tutt'ora senza collegamento.

Termine della seduta: ore 23.15.

* * * * *

Letto, confermato e sottoscritto.

IL PRESIDENTE

- Andreas Schatzer -

IL SEGRETARIO

- dott. Alexander Braun -

GRÜNE BÜRGERLISTE VAHRN

An den
Bürgermeister der Gemeinde Vahrn
Herrn Andreas Schatzer
Voitsbergstrasse
39040 VAHRN



Neustift, am 21.07.2020

Anfrage: Gefahrenzonenplan: Warum wurde dieser für die Gemeinde Vahrn noch nicht genehmigt?

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Werter Gemeinderat!

Die letzten Unwetter und Regenfälle haben aufgezeigt, dass ein gültiger und gut ausgearbeiteter Gefahrenzonenplan, für die Sicherheit der Bevölkerung und der Siedlungsgebiete, von enormer Wichtigkeit wäre!

Die Gemeinde Vahrn ist immer noch, nach über 10 Jahren, ohne genehmigten Gefahrenzonenplan! Ein solcher Plan ist für die Bebauung in den verschiedenen Hanglagen und besonders bei Bachbeeten und Flüssen von großer Wichtigkeit. Trotz dieser Wichtig- und Dringlichkeit hat die Gemeinde Vahrn immer noch keinen genehmigten Gefahrenzonenplan. Besonders verwundert, dass Vahrn, mit BM Schatzer und gleichzeitig Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes, zu den säumigen Gemeinden (ohne Gefahrenzonenplan) gehört!

Hierzu einige Fragen:

- 1. Warum hat die Gemeinde Vahrn noch keinen genehmigten Gefahrenzonenplan?**
- 2. Wird der Bürgermeister sich dafür einsetzen, dass dieser Gefahrenzonenplan umgehend ausgearbeitet und genehmigt wird?**
- 3. Wurden, in den letzten 10 Jahren, seit ein solcher Plan Pflicht gewesen wäre, Bauten an Gefahrenstellen genehmigt und realisiert?**
- 4. Wenn Ja, wer trägt die Verantwortung für eventuelle Schäden oder Folgeschäden?**

Wir ersuchen Sie um eine schriftliche und mündliche Beantwortung.

Mit freundlichen Grüßen

Die Gemeinderäte

Peter Tauber

Verena Palfrader

An die
Grüne Bürgerliste Vahrn

I-39040 Vahrn

Email: taupet51@gmail.com
verena.palfrader@rolmail.net

Gefahrenzonenplan: Warum wurde dieser für die Gemeinde Vahrn noch nicht genehmigt?

Sehr geehrter Herr Tauber,
sehr geehrte Frau Palfrader,

nachdem Sie Herr Tauber, genau dieselbe Anfrage nur mit einer Frage mehr bereits Ende des Jahres 2018 eingebracht haben, sind meine Antworten ebenfalls teilweise eine Wiederholung der Antworten vom 27. November 2018.

Die in Ihrer Anfrage enthaltene Kritik geht leider an die falsche Adresse. Der Gemeinderat von Vahrn hat in der Sitzung vom 16. Dezember 2010 die Vereinbarung mit der Bezirksgemeinschaft Eisacktal zur Erstellung eines übergemeindlichen Gefahrenzonenplanes genehmigt. Aufbauend auf diese Vereinbarung hat die Bezirksgemeinschaft die Ausarbeitung der Gefahrenzonenpläne für die Gemeinden Feldthurns, Lüsen und Vahrn an die Bietergemeinschaft geoproject Dr. Geol. Carlo Ferretti aus Bozen übertragen und den entsprechenden Vertrag am 4. Mai 2011 unterschrieben.

Die vorgeschriebenen Unterlagen wurden bei den zuständigen Ämtern der Autonomen Provinz Bozen zur Begutachtung abgegeben. Die fachliche Prüfung des Landesamtes für Wildbach- und Lawinenverbauung Nord hat bisher dreimal Zusatzinformationen aufgrund ungenügender Bearbeitungstiefe, aufgrund der Verbauung des Schaldererbaches und aufgrund von neuen Bestimmungen nachgefordert. Ein Zusatzvertrag mit der Bietergemeinschaft wird derzeit auch schon unter Einbezug von Rechtsanwälten verhandelt, da das verlangte Honorar 50% des Auftrages aus dem Jahr 2011 übersteigt. Ende des laufenden Monats gibt es dazu wiederum einen Termin zwischen der Bezirksgemeinschaft und Vertretern der Bietergemeinschaft und wir können nur hoffen, dass es dabei zu einer Einigung kommt.

Zu Ihren Fragen:

Warum hat die Gemeinde Vahrn noch keinen genehmigten Gefahrenzonenplan?

Die Genehmigungsphase des Planes kann erst gestartet werden, nachdem die fachliche Prüfung durch die zuständigen Landesämter abgeschlossen ist. Derzeit bestehen im Amt für Wildbach- und Lawinenverbauung Nord noch Probleme mit der Zonierung bei der

Staatsstraße im Unterdorf, die ein neue Brücke enthält, welche aber noch nicht realisiert wurde.

Wird der Bürgermeister sich dafür einsetzen, dass dieser Gefahrenzonenplan umgehend ausgearbeitet und genehmigt wird?

Ich bin besonders im Kontakt mit dem Amtsdirektor des Landesamtes für Wildbach- und Lawinerverbauung Nord sowie mit dem technischen Leiter der Bezirksgemeinschaft und dränge ständig darauf, dass die notwendigen Unterlagen abgeliefert und die fachliche Prüfung des Planes durchgeführt wird, damit die Genehmigung des Planes in die Wege geleitet werden kann.

Wurden, in den letzten 10 Jahren, seit ein solcher Plan Pflicht gewesen wäre, Bauten an Gefahrenstellen genehmigt und realisiert?

Für die Realisierung von Bauten in Zonen mit mittlerer und hoher hydrogeologischer Gefahr sowie bei jeglichen Änderungen am Bauleitplan der Gemeinde ist die Prüfung der hydrogeologischen und hydraulischen Kompatibilität vorgeschrieben, deren Ergebnis bindend für die Genehmigung des Vorhabens ist.

Wenn Ja, wer trägt die Verantwortung für eventuelle Schäden oder Folgeschäden?

Kosten und Verantwortungen sind in der Durchführungsverordnung betreffend die Gefahrenzonenpläne (Dekret des Landeshauptmannes vom 10.Oktober 2019, Nr. 23) geregelt.

Andreas Schatzer
Bürgermeister
(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)

Vahrn, 4. August 2020